

Wöchentlich 60 Pf., monatlich 1.80 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend 10. August 1929 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einjährige Konkrete Ausgabe ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 87 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65.

Willkommen!

Unseren Gästen zur Verfassungsfeier 1929.

Nachdem wir schon gestern die Freude hatten, eine noch hunderten zählende Abordnung des österreichischen Schutzbundes empfangen zu dürfen, werden im Laufe des heutigen Tages mit Sonderzügen und auf Lastautos viele Zehntausende Reichsbannerkameraden aus allen Ecken des Reiches in Berlin eintreffen, um mit uns den zehnjährigen Gedenktag der republikanischen Reichsverfassung festlich zu begehen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß diese Reise für unsere Gäste, die kommen, um der Republik in der Hauptstadt der Republik ihre Treue zu bekunden, ein erhebliches Opfer bedeutet. Für die Hingabe eines Teil ihrer Arbeitslöhne kann ihnen nichts geboten werden als eine Fahrt in gedrängter Enge und eine bescheidene Gastfreundschaft.

Denn, was sie in Berlin erwartet, ist viel mehr als ein offizielles Festgepränge. Die Feier des 11. August mit ihrer Fülle der Darbietungen, die alle von einem einheitlichen Geiste befeuert sein sollen, verspricht ein wahres Volksfest zu werden. Die große Masse der schaffenden Bevölkerung von Berlin steht treu zur Republik. Sie fühlt sich mit den Gästen aus Oesterreich und dem Reich durch gemeinsame Ueberzeugung fest verbunden, und sie hat dieser Ueberzeugung nicht nur durch Worte Ausdruck verliehen, sondern auch durch geschichtliche Tat.

Aber da man uns Berlinern mitunter übergroßes Selbstbewußtsein nachsagt, sei gleich hinzugefügt: Wir bilden uns nicht ein, alles allein geschafft zu haben, und wir wissen sehr genau, daß manches anderswo besser ist als bei uns. Wir beneiden unsere Genossen in Wien und in zahlreichen Städten des Reichs darum, daß es ihnen viel besser als uns gelungen ist, das Unheil der Spaltung und der Zersplitterung von der Arbeiterbewegung fernzubehalten.

Erst ein künftiger Geschichtschreiber des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird die ganze Summe von Idealismus, von resloser Selbstaufopferung und bewunderungswürdiger Disziplin zu schildern vermögen, die in der unermüdbaren Arbeit dieser Organisation enthalten ist.

Beschämung erfüllt uns angesichts der Tatsache, daß das Reichsbanner aus einer gewissen Ecke her mit Schimpfworten der Goffe und schändlichen Lügen begrüßt wird. Hätte man dort noch etwas Gefühl für allgemein-menschlichen Anstand, so würde man wenigstens an diesen Tagen den Gästen Berlins gegenüber eine gewisse Zurückhaltung üben.

Wir hegen aber auch die Zuversicht, daß unsere Freunde, Einheimische wie Gäste, die Bedeutung dieses Treibens nicht überschätzen und ihm gegenüber kaltes Blut bewahren werden. Sie alle werden von dem Willen befeuert sein, die Würde des Festes zu wahren und Zwischenfälle, die sie beschmutzen könnten, zu vermeiden.

Die Gründe Snowdens.

Ihr Verhältnis zur Labour-Politik.

V. Sch. Haag, 9. August. (Eigenbericht.)

Für den, der die internationalen sozialistischen Konferenzen der letzten zehn Jahre miterlebt hatte, dürfte die umachgiebige Haltung, die der britische Schatzkanzler Philipp Snowden gegenüber den anderen Gläubigermächten eingenommen hat, keine allzu große Ueberraschung bilden. Denn jedesmal, wenn die Frage der Reparationen und interalliierten Schuldenregelung auf solchen sozialistischen Konferenzen zur Debatte stand, hörte man die Vertreter der britischen Arbeiterpartei mit leidenschaftlicher Erbitterung den Standpunkt vertreten, daß die Art, wie bisher England von seinen ehemaligen Bundesgenossen und jetzigen Schuldnern behandelt werde, unfair und unerträglich sei.

nicht zu bestreiten, daß Snowden damals mit aller Entschiedenheit angeklagt hat, daß eine Arbeiterregierung Schluß mit jener Politik der Großzügigkeit gegenüber den alliierten Schuldner machen würde, die die konservative Regierung auf Kosten der britischen Steuerzahler betreibt.

Das war, wie gesagt, im Februar 1929, also am Vorabend des Zusammentritts der Pariser Sachverständigenkonferenz. Inzwischen ist dort jene Politik der Großzügigkeit Englands zugunsten seiner Alliierten fortgesetzt worden. Die englischen Sachverständigen willigen in verschiedene neue Konzeptionen zugunsten Frankreichs und vor allem Italiens ein. Haben sie dabei, wie vielfach behauptet wird, und wie es zum Beispiel Briand in seiner heutigen Erklärung vor der französischen Presse ebenfalls andeutete, mit Zustimmung der englischen konservativen Regierung gehandelt? Snowden bestreitet es ganz energisch.

Snowden damals als der führende Abgeordnete der Arbeiteropposition in Finanzfragen jene aufsehenerregende Rede gehalten hat, in der er die Sachverständigen mit den schärfsten Worten angriff und auch die Politik Frankreichs und Italiens gegenüber ihrem britischen Gläubiger in sehr harten Wendungen geißelte.

Diese Rede ist der Schlüssel zu der ganzen Situation. Ihre Geschichte und ihre Folgen sind mir von einem führenden Mitglied der englischen Delegation, einem mir seit Jahren bekannten Arbeiterabgeordneten freimütig geschildert worden. Die Kenntnis dieser Einzelheiten ist unerlässlich zur objektiven Beurteilung des Verhältnisses der britischen Delegation auf der Haager Konferenz, zu der wir als Sozialisten gegenüber der englischen Arbeiterregierung auch dann verpflichtet sind, wenn uns die Haltung dieser Delegation wegen der akuten Gefahr eines Scheiterns der Konferenz und wegen der dadurch entstehenden unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen mit ernstester Sorge erfüllt.

kalter Berachtung vorübergehen. Daß wir aber jedem Versuch, unser Recht zur Demonstration gewaltsam zu verlegen, tatkräftig begegnen werden, versteht sich von selbst. Je tabelloser unsere Disziplin, je geschlossener die Wucht unseres Auftretens, desto sicherer unser Erfolg.

Wir feiern das Fest der Republik nicht nur, um den Gegnern unsere Macht zu zeigen, wir feiern es auch, um zu werden. Vergessen wir nicht, daß viele, die heute Schulter an Schulter mit uns marschieren, noch vor einigen Jahren als Zweifler, wenn nicht als Gegner uns gegenüberstanden. Die uns feindsicheren Gruppierungen treibt nicht nur der Haß, sondern auch die Angst vor uns, vor der Werbe-

tens der britischen Delegation auf der Haager Konferenz, zu der wir als Sozialisten gegenüber der englischen Arbeiterregierung auch dann verpflichtet sind, wenn uns die Haltung dieser Delegation wegen der akuten Gefahr eines Scheiterns der Konferenz und wegen der dadurch entstehenden unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen mit ernstester Sorge erfüllt.

Als Snowden seine Unterhausrede hielt, handelte er aus eigener Initiative. Man konnte zwar seine allgemeinen Ansichten, zumal sie Gemeingut der Partei waren, aber

man mußte nichts von seiner Absicht, in dieser scharfen Form vorzugehen.

Der Widerhall dieser Rede war ungeheuer. Alle Gegner fielen wie ein Mann über Snowden her, zumal er den Entschluß geäußert hatte, falls die Labour Party an die Regierung käme, nötigenfalls die Schuldenverträge zu revidieren und damit den besonders in England heiligsten Grundpfeiler der außenpolitischen Kontinuität zu durchbrechen. Chamberlain, Churchill, Baldwin, Lloyd George, die ganze konservative und liberale Presse griff Snowden und mit ihm die Arbeiterpartei um so heftiger an, als man am Vorabend der Neuwahl war und die beiden bürgerlichen Parteien glaubten, mit der Parole, daß die Labour Party Englands Unterschrift verleugnen wolle, ihren gefährlichsten Gegner vernichtend zu schlagen.

Dieser Sturm auf Snowden machte sogar auf die Labour Party im ersten Augenblick Eindruck. Es gab viele Arbeiterführer — mein Gewährsmann bekennt sich selbst zu diesem damaligen Irrtum —, die meinten, daß Snowden einen schweren Fehler begangen und dem Bürgertum untreuwillig eine Art „Sinowjew-Brief“ geliefert habe. Da rückte MacDonald unverzüglich, zwar vorsichtig, jedoch deutlich genug, von Snowdens Rede ab.

Aber Snowden blieb dabei und wiederholte die Rede einmal, zweimal und noch öfter. Und zur allgemeinen Ueberraschung auch der Labour Party selber vollzog sich ein unerhörter Stimmungsumschwung im ganzen Lande. Es zeigte sich, daß Snowden den breiten Schichten des Volkes, besonders auch des Bürgertums, aus dem Herzen gesprochen hatte.

Snowden erhielt aus allen Teilen des Landes und aus allen Schichten der Bevölkerung zehntausende Briefe und Telegramme, die ihn beglückwünschten und aufforderten, fest zu bleiben.

Seine wenigen Wählerparlamenten gestalteten sich zu Triumpfen. Die bürgerliche Presse begriff, daß Snowden den Puls der Nation besser gefühlt hat als alle anderen. Innerhalb weniger Wochen bis zum Wahltag hatten nicht nur alle Kritiken aufgehört, sondern auch viele konservative und liberale begannen, mit Snowden in der Kritik an der bisherigen „Don-Quichotte-Politik“ Englands zu wetteifern, aber es war zu spät. Die Arbeiterpartei hatte die richtige Wahlparole ausgegeben. Mein Gewährsmann behauptet sogar, daß die

Labour Party ihren großen Wahlsieg in allererster Linie dieser Stellungnahme Snowdens zu verdanken

hat und daß alle übrigen Fragen bei der Entscheidung schließlich eine untergeordnete Rolle gespielt hätten. Jedenfalls wären die Stimmen aus dem bürgerlichen Lager fast ausschließlich dieser Parole zu danken: Schluß mit der Hörigkeit gegenüber Frankreich. Schluß mit dem ewigen Opfer der eigenen Steuerzahler zugunsten der Fremden!

Es scheint, daß man in manchen Labourkreisen, besonders in solchen, die vornehmlich internationalistisch denken, über diese etwas stark betonte egoistisch nationale Kampfanlage von vornherein etwas besorgt war. Aber die Tatsache war nun einmal gegeben. Die Arbeiterregierung kam ans Ruder mit Snowden als Schatzkanzler. In seiner Unterhausrede als Minister hat Snowden seine Kritiken am Young-Plan vorgebracht, und das ganze Unterhaus, die Führer beider bürgerlichen Oppositionsparteien, die gesamte britische Presse hat ihn unterstützt und gelobt. Ob die konservativen und liberalen sich dabei von dem Hintergedanken leiten ließen, daß, wenn sie Snowden den Rücken stärten und er im Haag

traft unseres Auftretens, vor der Macht unserer Ideenwelt. Sie fürchten, daß der zehnte Verfassungstag der Republik für viele ein Tag der Einkehr und der Umkehr werden könnte. Wir aber wollen daran denken, daß viele von denen, die noch stillschweigend oder mißtrauisch am Wegrand stehen, morgen mit uns gehen werden.

Wir wissen, daß in der Hauptstadt der Deutschen Republik noch viel zu tun ist, um das arbeitende Volk zu einer einheitlichen Macht zusammenzuschweißen. Wir grüßen unsere Gäste als Herolde dieser Einheit, als Mitstreiter und Mitstreiter für die wahre, die ganze, die soziale Republik!

demnach einen Misserfolg erleide, sie sich dann um so rücksichtsloser gegen ihn und die Arbeiterpartei wenden können, die man für das verhängnisvolle Scheitern der Konferenz verantwortlich machen dürfte, das bleibe dahingestellt! Aber

sicher ist, daß Snowden einfach nicht anders kann als seinen Standpunkt hier rücksichtslos zu verteidigen, denn das er-martet ganz England von ihm

und — wenigstens bisher — hat er ganz England hinter sich. Würde er nachgeben, so wäre es für ihn tödlich und auch für die Arbeiterpartei ein schwerer Schlag. Seine intimsten Mitarbeiter versichern aber, daß er, zumindest in den Hauptfragen, nicht nachgeben wird und nicht nachgeben kann. Wollte man ihn, wie von mancher Seite im Haag suggeriert wird, etwa durch Nachdonald oder sonstjemand dazu zwingen, so würde es noch an Ort und Stelle mit seiner Demission antworten, die für die innerpolitische Entwicklung und besonders für die Arbeiterpartei verhängnisvoll wäre.

Es ist unbestreitbar, daß man nach der ersten Rede Snowdens am Dienstag in führenden französischen und sonstigen Kreisen überzeugt war, daß Snowden nur gebüßt hätte. Als ich damals ein maßgebendes Mitglied der britischen Abordnung fragte, ob Snowdens Ausführungen prinzipieller oder nur taktischer Natur gewesen wären, wurde mit aller Deutlichkeit geantwortet: Unbedingt prinzipiell, in den Kardinalfragen ist es sogar Snowdens leichtes Wort; die anderen glauben zwar, daß er blüßt, aber

Snowden blüßt nie. Es ist eine ganz neue Methode der englischen Politik, die er inauguriert hat. Er hat von vornherein seine Karten aufgedeckt.

Die anderen glauben, daß er nachgeben wird, weil sie durch Chamberlain seit fünf Jahren daran gewöhnt wurden, daß England nachgab, wenn Frankreich fest blieb. Damit ist es aber vorbei. Und wenn erst die anderen erkennen, daß Snowden nicht nachgibt, dann werden sie nachgeben.

Das ist der Gedankengang der englischen Delegation, den ich nur wiedergebe. Politisch richtet er sich gegen Frankreich oder besser gesagt gegen die bisherige Hingabe Englands Frankreich gegenüber. Finanziell richtet sich der Vorstoß weniger gegen Frankreich als gegen den Hauptnutznießer des neuen Verteilungssystems, Italien, dessen Vertreter Birelli es auf der Pariser Konferenz durch eine Expression größtenteils erreichte, den Jahresanteil seines Landes um fast vierzig Millionen zu erhöhen, also fast gerade um die Summe, um die sich England geschädigt fühlt.

Die Frage, ob sich Snowdens Standpunkt durchsetzen wird, ist noch völlig offen. Auch der heutige Tag hat bisher keine Entscheidung gebracht. Die Sitzung der Finanzkommission, für Sonnabend vormittag angesetzt, wird zwar nicht ausfallen, aber man wird sich darin nur mit dem weniger gefährlichen Punkt der Sachlieferungen befassen, über den England anscheinend mit sich reden läßt und zu dem Hillerding verschiedene Kompromissanregungen unterbreitet hat. Dadurch wird eine

neue Frist bis Montag

geschaffen, in der man versuchen wird, den Hauptstreit zwischen den Gläubigern zu schlichten. Gelingt das nicht, dann ist die Konferenz gescheitert.

Es wäre jedenfalls eine besondere Tragik für die englische Arbeiterpartei, wenn sie, die so vieles für den Frieden getan hat, durch die rücksichtslose Vertretung eines an sich durchaus berechtigten Standpunktes dahin gebracht würde, daß eine schwere Vertrauenskrise des europäischen Friedens entsteht.

Wenn die Verzögerung der Rheinandrängung müßte die schwersten Folgen nach sich ziehen, die durch die bloße Zurückziehung der britischen Truppen, zu der die Arbeiterregierung jedenfalls fest entschlossen ist, nicht behoben sein würde. Das ist die Redeforte der britischen Letzt im Haag, falls sie sich nicht durchzieht.

Keine Panikmache!

London, 9. August. (Eigenbericht.)

Entgegen den Gerüchten, wonach die britische Delegation den Haag zu verlassen gedanke, falls bis Sonnabend oder Montag keine befriedigende Antwort auf Snowdens Forderungen gegeben wird, teilt der mit der britischen Delegation in enger Verbindung stehende Haager Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ mit, daß die britische Delegation nicht daran denke, den Haag zu verlassen. „Ob die letzten Möglichkeiten einer Beilegung der Schwierigkeiten ausgeschöpft“ seien. Ein weiteres Haager Gerücht, daß die britische Delegation „nach Ramsay MacDonald“ habe und mit einer Reihe des Ministerpräsidenten nach dem Haag zu reisen sei, wird von wohlunterrichteter Seite als in jeder Beziehung unzutreffend bezeichnet.

Paris droht Snowden.

Paris, 9. August. (Eigenbericht.)

Die Konferenz wird in der Presse noch nicht als aussichtslos, doch als ungemein ernst dargestellt. Selbst die sonst zurückhaltende offizielle Presse ist von ganz außerordentlicher Schärfe. So spricht selbst der „Temps“ von einem brüskten Vorstoß des englischen Delegationschefs, der in der Geschichte der diplomatischen Verhandlungen der Nachkriegszeit beispiellos dastünde. Das Sprachorgan des Quai d'Orsay befürchtet, daß sich Snowden durch sein scharfes Vorgehen die Brücke zu einem Rückzug abgeschnitten habe. Sollte die ganze Offensive Snowdens den Zweck haben, Gegenleistungen auf anderen Gebieten zu erzwingen, so sei der Zeitpunkt dazu sehr unglücklich gewählt; sollte sie aber als ein Zeichen eines generellen Umschwunges der englischen Politik Frankreich gegenüber zu betrachten sein, so würde das die peinlichsten Rückwirkungen für die ganze europäische Lage und vor allem für England haben, dessen Politik der Organisierung des Friedens dadurch zum Zusammenbruch verurteilt wäre. Frankreich könne der Entwicklung der Dinge kaltblütig entgegensehen, denn bei einem endgültigen Scheitern der Haager Konferenz sei die

Rückkehr zum Dawes-Plan

ein genügender Schutz; in diesem Falle allerdings würde die vorzeitige Räumung des Rheinlandes Unvorsicht werden und alle Kosten des durch die sozialistische Regierung Englands verursachten Rückschritts würde Deutschland allein zu bezahlen haben.

Diese Schlussfolgerung, die sich auch durch die anderen Blätter zieht, findet ihre Zustimmung in der von einigen Blättern formulierten These, Deutschland, das an einer Regelung der Reparationsfrage am direktesten interessiert sei, solle doch die Rolle des Vermittlers zwischen den Gläubigermächten auf sich nehmen — eine Zumutung, die der Reichsaussenminister in einem dem Haager Korrespondenten des „Paris Mid“ gegebenen Interview glatt abgelehnt hat mit der Begründung, er gehöre nicht zu den Gläubigermächten und könne sich daher auch nicht in ihre Kontroverse einmischen.

Der taktische Drohung der Rückkehr zum Dawes-Plan sucht

Verhandlungen über die Räumung

Es wird ein Unterausschuß eingesetzt.

Haag, 9. August. (Eigenbericht.)

Während der Konflikt zwischen England und seinen Mitgläubigern nach wie vor außerordentlich ernst bleibt und irgendwelche konkrete Lösungsmöglichkeiten sich am heutigen für die Finanzkommission scheinbar nicht ergeben haben, hat die politische Kommission am Nachmittag eine zweistündige Sitzung abgehalten, die sich in einer wesentlich freundlicheren Atmosphäre abspielte. Henderson hatte als Vorsitzender der politischen Kommission durch Besuche bei Briand und Stresemann am Vormittag den Boden für eine Verständigung über die Räumungsfrage beackert. Er erklärte, indem er die Sitzung eröffnete, daß diese Besprechungen bei ihm einen befriedigenden Eindruck hinterlassen hätten. Er fügte hinzu, daß England nicht wünsche, seine Truppen aus dem Rheinland heranzuziehen, damit sich etwa andere Besatzungstruppen an deren Stelle setzten. Großbritannien wider spreche dem Gedanken einer Kontrolle über das Rheinland und ziehe entschieden die Mittel vor, die innerhalb des Völkerbundes geschaffen worden seien, z. B. jenes Dreier-Komitee des Völkerbundesrates, das befugt sei, sich mit entstehenden kleineren Konflikten sofort zu befassen.

Dieses Komitee dürfe durchaus genügen, um eine Schlichtung der entstehenden Konflikte zu versuchen

und über den Erfolg seiner Bemühungen auf der dann folgenden Tagung des Rates Bericht zu erstatten. Eine andere Lösung würde die Abdankung des Völkerbundesrates bedeuten. Henderson sagte wörtlich: „Großbritannien lehnt die Einrichtung irgendeines Komitees außerhalb der Völkerbundsmechanik ab.“ Dann sprach Briand, der betonte, daß Frankreich bei dem Gedanken der Kommission nur von den besten Absichten geleitet sei und daß der Sinn und der Geist des französischen Vorschlages einer Feststellungs- und Vergleichskommission völlig mißverstanden worden sei. Der deutsche Widerstand gegen die Kommission sei offenbar nur auf dieses Mißverständnis zurückzuführen. Diese Kommission sollte

nur ein Ausführungsorgan des Locarno-Vertrages sein

und in diesem Vertrag hineingebaut werden. Ueber ihre Dauer befragt, antwortete er, daß in seinem Sinne die Dauer „so ungefähr die gleiche sein würde wie die des Locarno-Vertrages“. Der Locarno-Vertrag ist aber bekanntlich zeitlich unbegrenzt, kann allerdings mit dreimonatiger Frist mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Völkerbundesrates gelündigt werden. Stresemann und später auch Birch traten Briand lebhaft aber in durchaus freundschaftlicher Form entgegen. Ohne die im September 1928 in Genf ausgesprochene Bereitschaft Deutschlands zu verleugnen, über eine solche Kommission zu verhandeln, warf der deutsche Außenminister die Frage auf, wozu denn eine solche Kommission überhaupt dienen sollte. Im Falle eines Konfliktes würde man zunächst ja dessen Beilegung auf dem üblichen diplomatischen Wege suchen können. Erweise sich dieser Weg als nicht genügend, so gebe es das Schiedsgericht des Locarno-Vertrages, und wenn auch diesem Schiedsgericht die Schlichtung nicht gelingt, dann könne man immer noch den Fall vor den Völkerbundsrat bringen.

Es sprachen noch verschiedene Redner, so der Belgier Hymans, um die Idee Briands zu unterstützen, und der englische Delegierte Sir Eric Sips, ein Berufsdiplomate, der der Labour Party sehr nahestehe. Er meinte, daß, falls überhaupt eine Kommission geschaffen würde, sie jedenfalls möglichst klein sein sollte. Dann wurde die

Einsetzung eines juristischen Unterausschusses.

der möglichst bis zum Montagnachmittag Bericht über die Vergleichs- und Feststellungskommission erstatten soll, beschlossen, während das bereits am Donnerstag beschlossene technische Unterkomitee einen allgemeinen Räumungsplan ausarbeiten wird.

Alles in allem ist die Sitzung über die Vergleichs- und Feststellungskommission nicht unruhiger gewesen. Es verlautet, daß Briand einen ganz neuen Vorschlag unterbreiten will. Danach soll die Vergleichungskommission ihren Sitz überhaupt nicht im Rheinland haben, sondern z. B. in Basel oder in Luxemburg, und überhaupt als

ein Abendblatt noch besonderen Nachdruck zu verleihen durch eine Umfrage bei den einzelnen Delegationen im Haag. So wird z. B. der Italiener Birelli wie folgt zitiert: „Gehen wir doch nach Hause, wenn es nicht anders geht. Wir haben den Dawes-Plan und das genügt. Lassen wir doch Herrn Snowden mit Herrn Stresemann sich allein auseinandersetzen.“ Der belgische und der rumänische Delegierte haben sich ebenso wie Briand in abwartendem Sinne geäußert, während Snowden selbst erklärt haben soll: „Die offizielle Meinung in England würde es nicht verstehen, wenn wir von dem Standpunkt abweichen würden, den ich dargelegt habe. Wenn nötig, werden wir die Konferenz verlassen und zum Dawes-Plan zurückkehren.“

Briand gegen Snowden.

Haag, 9. August. (Eigenbericht.)

Briand hat den französischen Pressevertretern eine wichtige Erklärung gegen Snowden diktirt. Nach einer allgemeinen Einleitung kommt diese Erklärung zu folgendem Schluß:

Von den sechs großen Mächten haben sich fünf zugunsten einer integrierten Zustimmung zum Young-Plan geäußert, bis auf etwaige Einzelpunkte, die noch zu regeln wären. Eine einzige Macht hat sich im umgekehrten Sinne ausgesprochen. Sie hat ihre These scharf vertreten. Ich will aber sagen, daß sie bisher nicht vermag hat, den Standpunkt der anderen zu erschüttern. Das ist eine ernste Lage. Eine unrettbare Lage? Ich will es nicht glauben. Ich kann nicht zugeben, daß, weil eine Auffassung sich fünf anderen Auffassungen entgegenstellt, ein Misserfolg der Konferenz unvermeidlich wäre, weil die fünf anderen sich nicht fügen.

Ich erwarte daher trotzdem ein befriedigendes Ergebnis nach den Stunden unerlässlicher Uebereinerung.

Unter dessen hat Frankreich, das eng dem Frieden ergeben ist, Wert darauf gelegt, in anderen Diskussionen politischer Natur zu beweisen, bis zu welchem Grade sein Geist auf die friedliche Organisation der Völker gerichtet ist. Ich glaube nicht, daß es hier eine Großmacht gibt, die erwidern könnte, die Verantwortung dafür zu übernehmen, alle die Hoffnungen, die die Haager Konferenz in der Welt erweckt hat, zu zerstören. Wenn das trotzdem geschehen sollte, dann können Sie versichert sein, daß nicht Frankreich die Last einer so schweren Verantwortung zu tragen haben wird.

Locarno-Kommission unter Hinzuziehung von neutralen Mitgliedern fungieren. Es ist jedenfalls ersichtlich, daß Briand, der irgend etwas von jenem unglückseligen Kommissionsgedanken aus innerpolitischen Gründen sprechen muß, obwohl er innerlich von seiner Zwecklosigkeit überzeugt ist, sich große Mühe gibt, eine Form zu finden, die für Deutschland annehmbar sein könnte. Das Juristen-komitee wird sich offenbar mit diesen neuen Briand'schen Anregungen zu befassen haben.

Stresemann spricht zu Frankreich.

Paris, 9. August.

Der „Paris Mid“ veröffentlicht eine Unterredung seines Haager Vertreters mit Dr. Stresemann. Der Reichsaussenminister weist kurz auf die anfänglichen Schwierigkeiten hin, die er in der Einleitung der Locarnopolitik gegenüber der öffentlichen Meinung in Deutschland zu überwinden gehabt habe. Die deutsch-französische Annäherung sei neben den guten Beziehungen zu anderen Ländern besonders notwendig. Stresemann wiederholt dann die Wendung aus seiner ersten Haager Rede, daß bei einer Verhandlung die beiden Partner nur selten darauf rechnen könnten, die Meinung ihrer Länder hinter sich zu bringen. Zu der entgegengesetzten deutschen und französischen Auffassung über die Rheinandrängung sagte Stresemann, man müsse hoffen, daß beide Anschauungen sich miteinander versöhnten:

„Könnten nicht die Forderungen, die der Vergangenheit gelten, ein wenig gemildert werden, um den Erfolg des großen Werkes zu ermöglichen?“

In den französisch-englischen Streit über die Verteilung der deutschen Zahlungen will sich Stresemann nicht einmischen. Deutschland habe den Young-Plan als Grundlage der Konferenz angenommen. Ich hoffe auf einmütige Annahme des Young-Planes durch die Mächte. Auf jeden Fall wird der politische Ausschuß arbeiten, damit die Konferenz im Haag wirklich zu einem Ende kommt, bevor der Völkerbund zusammentritt.“ Stresemann erklärt zum Schluß, daß er vielleicht nicht zur Eröffnungsfeier nach Genf kommen werde, stellt jedoch seine spätere Anwesenheit in Aussicht.

Was die Arbeiterregierung will.

London, 9. August. (Eigenbericht.)

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dalton erklärte in einer Rede zu Welwyn, die Regierung hoffe, daß Ramsay MacDonald anlässlich seines kommenden Aufenthaltes in Genf in der Lage sein werde, die fakultative Schiedsgerichts-klausel zu unterzeichnen. Zur Konferenz im Haag betonte Dalton, daß Henderson seine Aufgabe darin erblicke, die völlige Räumung des Rheinlandes durchzusetzen — eine Maßnahme, welche das Gefühl erzeugen werde, daß der Weltkrieg ganz der Vergangenheit angehört. Die britischen Abänderungsvorschläge zum Young-Plan seien im Vergleich zu den Gesamtsummen, um die es sich handele, so geringfügig, daß eine Regelung hoffentlich nicht schwer fallen werde. Dalton sprach seine Befriedigung darüber aus, daß die britischen Vertreter im Haag für die Beteiligung der deutschen Sachlieferungen kämpfen, die dem britischen Bergbau so schwere Wunden geschlagen haben.

Der „Daily Herald“ spricht die Hoffnung aus, daß Snowdens offene Worte der französischen Regierung und den anderen interessierten Mächten klargemacht haben, wie ernst die britische Regierung die Benachteiligung Großbritanniens bei der Verteilung der deutschen Zahlungen beurteilt. Man könne hoffen, daß diese interessierten Mächte sich nunmehr befragen werden, ob ihre ablehnende Haltung gegenüber den britischen Forderungen ohne die unglücklichsten Folgen für Europa und die gesamte Welt aufrechterhalten werden könne. Der „Daily Herald“ wendet sich gegen Zeitungsberichte, wonach der britische Schatzkanzler die Tür hinter sich verriegelt hätte, und betont, daß im Gegenteil die Tore zu einem für alle Teile in gleicher Weise befriedigenden Abkommen offengeblieben seien.

Polens Schande.

Das Wüten der Zensur.

Boleslaw Limanowski, einer der ersten Vorkämpfer der modernen Arbeiterbewegung in Polen, steht im 94. Lebensjahr, ist aber geistig noch sehr rüstig und gebraucht die Feder noch wie ein Junger. Er gehört dem Senat der Republik an und erscheint noch, wenn sein Gesundheitszustand es gestattet, bei den großen Kundgebungen der Partei, deren Heldenkampf gegen den Zarismus er mitgefochten hat, als die heutigen Nachhater höchstens Schuldbuben waren.

Jetzt herrscht in der freien Republik, die das wiedererstandene Polen nach seiner Verfassung ist und nach dem Willen seiner Völker sein soll, die Söldendiktatur der „Obersten“, jener Woffengeführten und Freunde des ehemaligen Sozialisten Joseph Pilsudski. Der neueste Streich der Diktatur ist die Vermilitarisierung des Krankenkassenverbandes, der als Stütze der Arbeiterbewegung dem herrschenden Regime besonders verhaßt war.

In einem offenen Brief an den Staatspräsidenten hat Boleslaw Limanowski die ganze Schmach der inneren Zustände aufgedeckt — aber im Warschauer „Robotnik“ ist der ganze Brief konfisziert worden, und nur ein großer weißer Fleck zeigt die Stelle, wo diese Wahrheit gestanden hat. Der „Lodzer Volkszeitung“ entnehmen wir, daß sie dem gleichen Schicksal nur durch freiwillige Selbstzensur entgangen ist. Das lesen wir in der ersten Nummer des Blattes, die uns nach wochenlangem Ausbleiben wieder zugekommen ist, obwohl es täglich an uns abgeschickt wird. Offenbar wird das Blatt abgefangen. Man bilde sich aber in Warschau nur nicht ein, daß wir nicht auch sonst noch erfahren, wie es drüben jetzt zugeht!

Weitere Besserung im Befinden des Reichskanzlers. Ueber den Gesundheitszustand des Reichskanzlers wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß es dem Reichskanzler dauernd besser geht, so daß mit einem weiteren günstigen Verlauf der Krankheit zu rechnen ist.

Die britische Filmzensur hat den deutschen Martin Luther-Film verboten, angeblich aus Rücksicht auf den römisch-katholischen Teil der Bevölkerung.

Die Leiche des Weisgardistenführers Wrangel, der in Südspanien gestorben ist, wird mit Erlaubnis der Diktatur unter großem Pomp in Belgard beigesetzt werden. Die parlamentarische Regierung Korotkow hatte die Zustimmung dazu nicht gegeben.

Reform der Arbeitslosenversicherung.

Die Entscheidung des Kabinetts vertagt.

Die Sitzung des Reichskabinetts, die gestern zur Reform der Arbeitslosenversicherung Stellung nehmen sollte, hat nicht stattgefunden. Es sieht noch nicht fest, wann sich das Reichskabinett mit der Vorlage des Reichsarbeitsministers befassen wird.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags wird zum vorgesehenen Termin, dem 15. August, zusammenzutreten.

Zum Verfassungstag.

Schwarzrotgold in Köln.

Köln, 9. August. (Eigenbericht.)

Die Kölner Stadtverwaltung hat angeordnet, daß am Verfassungstag sämtliche Straßenbahnwagen und Omnibusse mit schwarzrotgoldenen Fähnchen zu schmücken sind.

Wachsende Einsicht in Bayern.

München, 9. August. (Eigenbericht.)

Anlässlich des Verfassungstages verbreitet die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz einen Artikel, der sich in Ton und Sprache ganz wesentlich von jenen in früheren Jahren unterscheidet. Der Artikel wendet sich zwar gegen die Aufmachung des Verfassungstages als Nationalfeier und will auch die Bezeichnung „Tag der Republik“ nicht gelten lassen, weil in Weimar nicht um Monarchie oder Republik gekämpft worden sei. „Es galt lediglich einen Damm gegen den drohenden Bolschewismus aufzurichten und dieser geistige Damm war die demokratische Idee. Diese geschichtliche Leistung des Verfassungsgebers sollte man nicht schmälern wollen. Als Verfassung des Deutschen Reiches gebührt ihr die Achtung, die ein politisch reifes und erzogenes Volk vor seinem Staatsgrundgesetz haben soll. Die Verfassung sei die Grundlage der legalen Gewalt, der sich unterzuordnen Christenpflicht sei. Die Monarchie sei in dem Strudel des geistigen, seelischen, materiellen und militärischen Zusammenbruchs untergegangen, in den Deutschland damals hineingezogen worden ist.“

Bis morgens Tanz und Kabarett.

Deutschnationale Tannenbergsfeier.

Aus der parteiamtlichen „Hamburgischen Deutschnationalen Monatschrift“ (Heft 8) sei folgende Bekanntmachung entnommen, die im Feitdruck an der Spitze des Blattes veröffentlicht wird:

„Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Hamburg. Am Sonntag, dem 31. August, Beginn nachmittags 3 Uhr, in der Stadthalle (Stadtspark) Sedan- und Tannenbergsfeier, verbunden mit Volksfest für jung und alt. Preisspiele für Kinder, Kasperle-Theater, Militärmusik der Afrikaer-Kapelle, Ansprache des Landesverbandsvorsitzenden Dr. Bienen-Lombola, bei der jedes Los gewinnt. Belustigungen aller Art. Bis 4 Uhr morgens Tanz und Kabarett.“

Dazu bemerkt der „Jungdeutsche“: „Bei Kasperle-Theater, Tanz und Kabarett bis 4 Uhr morgens eine Gedenkfeier an die Toten von Tannenberg — und da wundert sich die reaktionäre Führung der Herren Bienen und Siebeling noch, daß die Hamburger Deutschnationalen scharenweise gute Bürger verloren haben, die zur Opposition übertraten!“

Eine ungewollte Selbstcharakteristik liefert die „Kreuzzeitung“ in ihrem Unterhaltungsblatt, datiert vom 11. August. Die ganze Titelseite füllt ein Bild, das ein Dromedar mit seinem Jungen darstellt. Auf der dritten Seite findet man ferner einen Aufsatz mit der zugkräftigen Überschrift: „Wenn die Ochsenfräule quaken.“

Politische Verwahrlosung.

Scharfe Ablehnung des Hugenberg-Volksbegehrens in Bayern.

München, 9. August. (Eigenbericht.)

Die amtliche Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei nimmt zum erstenmal Stellung zum Hugenberg-Volksbegehren und erklärt, daß die wichtige Frage der Annahme oder Ablehnung des Young-Planes keineswegs mit dem Gefühl entschieden und keineswegs der politischen Demagogie ausgeliefert werden dürfe. Diesen Vorwurf müsse man gegen den Reichsausschuss für das Volksbegehren erheben, den Hugenberg zusammengesammelt habe, um seiner Oppositionspolitik um jeden Preis neuen Auftrieb zu verleihen. Scharf wendet sich die Korrespondenz dagegen, daß die Hugenberg-Propaganda unter der Parole „hic national, hic unnational“ geführt werde. Diese Rassistrierung des Nationalbegriffes sei ein Zeichen der politischen Verwahrlosung.

Die Meinungen über das Hugenberg-Begehren sind auch in den rechtsbolschewistischen Kreisen durchaus nicht so einheitlich, wie es Hitler auf dem Nürnberg-Parteitag so großmäulig dargestellt hat. Das zeigt neuerdings ein Artikel in dem Organ des Putschistenbundes Oberland „Das dritte Reich“. Darin wird das Volksbegehren als unfähig bezeichnet und gesagt, daß die ganze Aktion im Zeichen der Unfähigkeit eines Mannes stehe, der die Führung dabei übernommen habe (Hugenberg). Dieser Schritt bedeute eine Verparlamentarisierung der nationalen Opposition. Hitler habe sich damit in die Linie der reaktionären Politik Hugenbergs eingestellt. Das Blatt verzeichnet die interessante Tatsache, daß Hitler noch vor kurzem eine Denkschrift gegen das Volksbegehren verfaßt habe.

Landbundeshege.

Er will die Stadt Neumünster boykottieren.

Der Landbund in Schleswig-Holstein hat an den Magistrat der Stadt Neumünster ein Protestschreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß angesichts der polizeilichen Maßnahmen der Landbund keine offiziellen Vertreter von jetzt ab an keiner Sitzung, Tagung, Schau oder sonstigen Veranstaltung in Neumünster mehr teilnehmen läßt, bis die Stadt in idealer als auch in materieller Hinsicht den Bauern Schleswig-Holsteins vollkommene Gemütsruhe gegeben habe. Der Landbund schürt die Hege gegen die Behörden, auf der anderen Seite mischt er bei ihnen um Hilfe aus öffentlichen Mitteln.

Die Unterhauswahl in Iwidenham hat den Konservativen das Mandat zwar erhalten, aber nur mit 500 Stimmen Vorsprung vor der Arbeiterpartei gegen — 6000 bei der Hauptwahl!

Die Leiche Victor Bergers wird bis zu der Beilegung am Samstag in der Stadthalle von Milwaukee öffentlich aufgebahrt.

Die tägliche Hege...



und das traurige Resultat.

Der Selbstmord des Dr. Bombe

Amliche Zurückweisung deutschnationaler Hege.

Der Amliche Preussische Pressedienst schreibt:

Trotz der erklärenden Worte, die der Präsident des Landgerichts III an die Wiedergabe des an ihn gerichteten Abschiedsschreibens des Landgerichtsdirektors Dr. Bombe geknüpft hat, nimmt eine Reihe rechtsgerichteter Zeitungen Anlaß, ihre Behauptungen erneut zu unterstreichen, Dr. Bombe sei zu seinem Freitod nicht durch seinen sehr schlechten Gesundheitszustand, sondern durch die im Februar 1926 gehaltene Rede des Ministerpräsidenten Dr. Braun veranlaßt worden. Es ist deshalb notwendig, noch einmal die dieser Rede zugrunde liegenden Vorgänge in Erinnerung zu bringen.

Landgerichtsdirektor Dr. Bombe hatte Anfang 1926 die Verhandlung gegen Schirman und Genossen wegen Ermordung des Schützen Bannier (sog. Fememordprozeß) zu leiten. Er glaubte, daß bei öffentlicher Verhandlung die Staatsinteressen gefährdet werden könnten, und trug deshalb das Auswärtige Amt an, ob es einen Ausschluß der Öffentlichkeit der Verhandlungen für erforderlich halte. In einer unter Vorbehalt des damaligen Reichsforschers Dr. Luther abgehaltenen Besprechung, an der die Reichsminister des Innern und des Auswärtigen sowie der Reichswehrminister, der Preussische Ministerpräsident, der Preussische Minister des Innern und die Staatssekretäre im Preussischen Staatsministerium, im Preussischen Justizministerium und in der Reichsanzeiger teilnahmen, ergab sich Übereinstimmung, daß eine öffentliche Verhandlung angezeigt sei. Lediglich vom Reichsminister des Auswärtigen wurde aus Gründen der Rücksichtnahme auf die damals gerade schwebenden Verhandlungen eine Vertagung der Hauptverhandlung um etwa sechs Wochen für erwünscht gehalten. Auf Grund dieses Vorbeschlusses, den sich sämtliche anwesenden Minister zu eigen machten, wurde die erforderliche Anweisung an die Staatsanwaltschaft gegeben. Landgerichtsdirektor Dr. Bombe wurde sodann auf dem Wege über den Präsidenten des Landgerichts III über die Stellungnahme der Reichsregierung unterrichtet.

Eine zweite Unterbrechung erfolgte unmittelbar vor Eintritt in die Verhandlung durch den Oberstaatsanwalt Sethe, dem, um ihm den Verhandlungswunsch des Ministers des Auswärtigen verständlich zu machen, vertraulich mitgeteilt worden war, auf welchen Erwägungen dieser Wunsch des Auswärtigen Amtes beruhe. Oberstaatsanwalt Sethe hat, da er gegenüber Landgerichtsdirektor Dr. Bombe von der Vertraulichkeit entbunden worden war, diesem die Gründe der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes ausführlich vertraulich zur Kenntnis gebracht. Trotzdem glaubte Landgerichtsdirektor Dr. Bombe aus Rücksicht auf zwei wenig belohnte Angeklagte, die dann auf Wochen hinaus weiter in Haft bleiben mußten, keine Vertagung vornehmen zu können. Im übrigen hat Landgerichtsdirektor Dr. Bombe es nicht für erforderlich gehalten, die beiden übrigen richterlichen Mitglieder des Schwurgerichts über eine Anhebung hinaus von den Gründen zu unterrichten, die der Reichsregierung eine Vertagung auf sechs Wochen und später ein Verhandeln in völliger Öffentlichkeit unbedingt angezeigt erscheinen ließen. Das Gericht hat dann, obwohl Oberstaatsanwalt Sethe noch einmal in nichtöffentlicher Sitzung dem Antrag der Verteidigung auf Ausschluß der Öffentlichkeit widersprochen und Vertagung beantragt hatte und sogar bei Eintritt in die Verhandlung den Antrag auf Vertagung nochmals gestellt und begründet hat, beschlossen, sofort zu verhandeln und die Öffentlichkeit auszuschließen. Eine andere Einwirkungsmöglichkeit auf Dr. Bombe kam angesichts der Unabhängigkeit der Richter nicht in Frage. Es war auch ausdrücklich darauf verzichtet worden, Dr. Bombe zu der Besprechung der Reichsregierung selbst mit hinzuzuziehen, um auch nur den Anschein einer unzulässigen Einwirkung auf einen Richter auszuschließen.

In seiner kurz darauf gehaltenen Rede auf der Reichsbanner-Tagung in Hamburg hat dann Ministerpräsident Dr. Braun mündlich folgendes ausgeführt:

„Das Reichsbanner muß den lebenden Schutzwall um den stolzen Bau der Republik bilden. Wie lebensnotwendig dieser Schutzwall, sein weiterer Ausbau und seine innere Befestigung ist, haben die vergangenen Jahre zur Genüge bewiesen und beweisen auch wieder die Tatsachen, die über das Treiben der „Reine“-Organisationen neuerdings bekannt geworden sind und den Abbruch aller Gesitteten ausgelöst haben. Leider stellen sich einzelne Organe der Rechtspflege in völliger Verkennung ihres hohen Berufs schüßend vor diese Feinde der Republik und verhindern es,

entgegen den Staatsinteressen, daß mit dem hellen Licht der Öffentlichkeit in das dunkle Treiben dieser verbrecherischen Elemente und vornehmlich ihrer Hintermänner hineingeleuchtet wird. Zum Glück gibt die republikanische Verfassung die Möglichkeit, auf parlamentarischem Wege die Schleier zu zerreißen, in die diese Justizorgane — sehr zum Schaden für das Ansehen der Justiz — bemüht sind, das Treiben gewisser nationalstiftischer Elemente einzuhüllen.“

Er hat damit im Einklang mit der lebhaften Empörung vieler Kreise über den Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Fememordprozessen zum Ausdruck bringen wollen, daß hier entgegen dem ausdrücklichen Wunsch von Reichs- und Staatsregierung, die doch schließlich die Verantwortung für die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse wie für die Außenpolitik zu tragen haben, die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden sei. Damit würde es der Regierung zur Unmöglichkeit gemacht, in die Hintergründe der grünen Töne, an die finstlichsten Zeiten des Bürgerkrieges erinnernden Fememorde hineinzuleuchten und anstatt der Strohmänner oder willkürlichen Werkzeuge, die man jetzt bestrafe, die eigentlichen Drahtzieher und die in Wirklichkeit verantwortlichen Anstifter der Verbrechen ungeschädlich zu machen. Ministerpräsident Braun hat lediglich diese politische Verhängnisrolle und für die Staatsferne überaus schädliche Richterpraxis angegriffen, die nicht sieht, daß es sich hier nicht um von kriegerischer Gloriole umleuchtete soldatische Heldentaten handelte. Die Fememörder vergriffen sich nicht an Männern, die — wie es ein Teil der Rechtspreffe immer darzustellen sucht — Deutschland an das Ausland verraten wollten, und sie nahmen keine allgemeinen vaterländischen Interessen wahr. Sie räumten vielmehr feige und hinterrücks einzelne wehrlose Kameraden aus dem Wege, von denen sie befürchteten, daß sie, des weiteren Weibens in dieser Würdenträgeratmosphäre überdrüssig, ihr verbrecherisches Treiben der preussischen Polizei zur gerechten Sühne mitteilen könnten. Es handelte sich um bestialischen Mord in Friedenszeiten unter besonders brutalen und verächtlichen Begleitumständen. Der für die Sicherheit seiner Bürger verantwortliche Staat, der endlich aus der Fememordatmosphäre heraus in normale friedliche Zustände kommen will, mußte daher energisch und rücksichtslos in alle Hintergründe dieser Prozesse hineinzuleuchten.

Richt mit einem Worte hat der Ministerpräsident, der sich nur gegen diese politische Verantwortlosigkeit wandte, Landgerichtsdirektor Dr. Bombe, den er nicht einmal mit Namen nannte — er sprach vielmehr von „einzelnen Organen der Rechtspflege“ unter Bezugnahme auf ähnliche vorangegangene Prozesse — Rechtsbeugung vorgeworfen. Richt mit einem Worte hat er die menschlichen Qualitäten Bombes und seine bekannte persönliche Ehrenhaftigkeit angezweifelt. Richt um den tadelfreien Menschen Bombe — wie hätte er sonst überhaupt weiter als Richter amtiert können! — handelte es sich, sondern eine politische Rede des politisch dem Parlament verantwortlichen preussischen Staatschefs nahm Stellung gegen Handlungen von Richtern, die sich politisch außerordentlich ungünstig gegen den Staat auswirkten.

Ein kommunistischer Schwindel.

Münzberg wollte Geschäfte mit dem Fall Bombe machen.

Die „Welt am Abend“ behauptet zu wissen, daß das preussische Justizministerium nur einen völlig nichtsfahenden Teil des Briefes veröffentlicht habe, den Landgerichtsdirektor Dr. Bombe an den Landgerichtspräsidenten gerichtet hat. Der Amliche Preussische Pressedienst stellt im Gegenjag dazu ausdrücklich fest, daß das Schreiben Dr. Bombes vollständig und wortgetreu durch die Justizpressestelle der Öffentlichkeit mitgeteilt worden ist.

Zinsnechtschaft.

Eine prächtige Illustration zum nationalsozialistischen Kampf gegen die Zinsnechtschaft stellt folgendes Inserat dar, das sich im „Völkischen Beobachter“ des Herrn Hitler befindet:

„Dringende Bitte. Wer leiht Parteigenossen 500 Mark zu 12 Prozent Zinsen auf zehn Monate? Als Sicherstellung Holz- und Kohlengeschäft. Mitteilungen unter 637 an den Völkischen Beobachter.“

Krisenmacher.

Haag als Druckmittel.

Die Kabinettsberatung über die Arbeitslosenversicherung, die für Freitag angelegt war, ist vertagt worden. Ein neuer Termin für die Beratung steht im Augenblick noch nicht fest.

In bürgerlichen Blättern wird hervorgehoben, die Beratung sei deshalb erfolgt, weil der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister, die im Haag weilten, Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten sollten. Diese Behauptung dürfte nicht zutreffen. Am kommenden Donnerstag soll der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags zusammentreten, um zu der Arbeitslosenversicherung Stellung zu nehmen. Ob bis dahin die Regierungsvorlage bereits ihre endgültige Fassung erhalten hat, ist im Augenblick schwer zu sagen.

In der Unternehmerpresse wird bereits von einer „Krise wegen der Sozialreform“ gesprochen und der Reichsfinanzminister Hinderling förmlich angelehrt, dem „Spiel der wildgewordenen Gewerkschaften“ nicht länger unaktiv zuzusehen; denn auf diese und den Reichsarbeitsminister Bissell solle die volle Verantwortung für die drohenden außenpolitischen Wirkungen, die sich aus dem Widerstand der Gewerkschaften gegen die Beschlüsse der Sachverständigenkommission ergeben müssten. Man besitz sogar die Dreifachigkeit, das Wort „Dolchstoß“ zu gebrauchen. Die Arbeit der deutschen Unterhändler im Haag, so behauptet man, werde durch die Haltung der freien Gewerkschaften aufs äußerste erschwert. Schon während der Reparationsverhandlungen in Paris sei den deutschen Sachverständigen die deutsche Sozialpolitik als „schwieriger Punkt“ vorgehalten worden, da diese im Ausland fälschlich als ein Zeichen deutschen Wohlstandes gedeutet werde. Wenn jetzt wegen der deutschen Sozialpolitik eine Regierungskrise einsetzt werde, und zwar zu dem Zweck der Aufrechterhaltung von anerkannten Wirkständen, so sei das unverantwortlich. Angesichts der Warnung des Bundesrats des Reichstags, wird die Frage aufgeworfen, ob dem die freien Gewerkschaften jedes Augenmaß verloren hätten und die Führung der deutschen Sozialdemokratie bereits an die freien Gewerkschaften übergegangen sei.

Nicht die freien Gewerkschaften, sondern die Vereinigung der Arbeitgeberverbände scheint jedes Augenmaß verloren zu haben. Seitdem die Geschichte vom Schacht-Brief bekannt geworden ist und man weiß, mit welchem Trieb in Paris gearbeitet wurde, um die Reichsbahn dem Einfluß des Reiches zu entziehen, tut man gut, die dunklen Andeutungen recht früh aufzunehmen.

Bedenklicher dagegen ist es, daß selbst Organe wie der den christlichen Gewerkschaften nahestehende „Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst“ in geradezu plumphen Angriffen über den Arbeitsminister herfallen, weil er vor den Be-

schlüssen der Sachverständigenkonferenz nicht stromm steht. In den letzten Tagen, so schreibt die P.O.Z., habe sich herausgestellt, daß die Sozialdemokratie nicht gemillt sei, die Entschlüsse des Sachverständigenausschusses befreit werden zu lassen. Der Reichsarbeitsminister habe nach seiner Rückkehr aus Finnland mit Führern der freien Gewerkschaften Konferenzen gehabt, und aus langsam bekannt werdenden Einzelheiten des Geschehens sei zu schließen, daß der Reichsarbeitsminister nach diesen Konferenzen jetzt eine Haltung einnehme, die die Reform der Arbeitslosenversicherung fast unmöglich mache. So sei der Minister nicht gemillt, den im Sachverständigenausschuss angenommenen Antrag Riefeners, der eine Ausgleichung der Leistungen an die Dauer der Beitragszeit erstrebe, in den Entwurf aufzunehmen. In der Sozialdemokratie sei man vielmehr unter der Führung des Reichsarbeitsministers entschlossen, die Reformberatungen zu verschleppen, da sie zwar den Young-Plan annehmen, den bürgerlichen Parteien aber die Verantwortung für eine gefällige Formulierung seiner Auswirkungen überlassen wolle. Demgegenüber bestehe für die bürgerlichen Parteien gar kein Anlaß, die Sozialdemokratie von der Verantwortung für die Durchführung des Young-Planes zu entlasten. Im Sachverständigenausschuss hätten die anderen Parteien der Regierungskoalition gemeinsam für den Antrag Riefeners gestimmt. Die Haltung dieser Parteien sei „damit ein für allemal festgelegt“. Es sei jetzt an der Zeit, daß die Parteien die ihnen koalitionsmäßig an die Hand gegebenen Mittel benutzen, um den Reichsarbeitsminister zur Vorlage des Gesetzentwurfes zu zwingen und die Beratungen über den Entwurf im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags durchzuführen.

Was sollen diese Drohungen? Der Reichsarbeitsminister ist keineswegs gezwungen, die Beschlüsse der Sachverständigenkommission in die Vorlage zu übernehmen. Er hat ihnen gegenüber freie Hand; denn sonst könnte ja die Kommission selbst die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums ausarbeiten. Gutachten bedeuten nicht gebundene Marschroute. Die Entscheidung liegt beim Reichstag. Ihm wird die Vorlage der Regierung vorgelegt.

Die Sozialdemokratie hat auch das allerwenigste Interesse, die Regelung der Finanzierung der Reichsanstalt auf die lange Bank zu schieben und die Beratungen zu verschleppen. Sie hat aber auch kein Interesse daran, daß bei einer so wichtigen Frage, bei der die Lebensinteressen der Arbeitslosen auf dem Spiele stehen, unsorgfältige und unheilvolle Puscharbeit geleistet wird. Wer die Beschlüsse der Sachverständigenkommission dem Reichsarbeitsminister und der Sozialdemokratie im Reichstag diktieren will, der muß auch die Verantwortung für die Folgen übernehmen.

Verhandlungen im Textilkampf.

Die Regierung greift ein.

London, 9. August.

Der ständige Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium, Sir Horace Wilson, hat seine Reise mit dem Minister zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Thomas, nach Kanada aufgeben müssen, um auf Anweisung des Ministerpräsidenten Macdonald und des Arbeitsministers Frau Bondfield Ausgleichsverhandlungen in der Baumwollindustrie aufzunehmen. Die Beratungen wurden bereits am Donnerstag aufgenommen und werden heute fortgesetzt. Da der Generalrat der Gewerkschaften ebenfalls die Fühlung mit den Arbeitern aufgenommen hat, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß es jetzt gelingt, beide Parteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Manchester, 9. August.

In nicht offiziellen Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterorganisationen der Baumwollindustrie, die den ganzen gestrigen Tag erfüllten, wurde ein Fortschritt erzielt. Sir Horace Wilson vom Arbeitsministerium beschäftigt sich seit dem frühen Morgen mit dem Versuch, beide Parteien zu einer gemeinsamen Konferenz zu bewegen.

40 Jahre Bergarbeiterkampf.

Ein Dokument des Klassenkampfes.

Der Verband der Bergbau-Industriearbeiter hat zu seinem Jubiläumstag, am 18. August, eine Erinnerungsschrift: „1889 bis 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband“ herausgebracht, die von dem Schriftleiter der „Bergbauindustrie“, Reichstagsabg. Limberg, verfaßt ist. Die riesenhafte Entwicklung des Bergbaues in Deutschland wird an Hand von Schaubildern und Tabellen anschaulich geschildert. Die Vorgeschichte der Verbandsgründung, die Entrechtung und Ausbeutung der Bergleute nach Freigabe des Bergbaues von staatlicher Bevormundung wird packend dargestellt. Es wird gezeigt, wie diese Entrechtung trotz aller Verfolgung durch Unternehmer und Behörden immer wieder Organisationsversuche auslöste, die dann endlich 1889 zur Errichtung eines dauernden Verbandes führten. Die Geschichte der ersten Jahre, besonders auch der Essener Streik, wird ausführlich geschildert. Schilderungen großer Streiks 1905, 1912, 1924, 1927 schließen sich an. Weiter wird gezeigt, wie groß die Fortschritte der neuen Zeit sind, wenn sie auch dem Bergmann noch nicht den Lohn, die Arbeitszeit und die allgemeine Geltung gebracht haben, die ihm im Hinblick auf seine schwere, stets vom Tod umlauerte Arbeit gebührt. Mit einer Ehrung der Führer des Bergarbeiterverbandes schließt das Buch.

Die Arbeitszeit der Landarbeiter.

Sie ist noch weit entfernt vom Achttundentag.

Weber die Arbeitszeit in der deutschen Landwirtschaft veröffentlicht das „Landarbeiter-Archiv“, das wissenschaftliche Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, einige interessante neue Zahlen. Die höchste Zahl tariflicher Arbeitsstunden in der Landwirtschaft weist in diesem Jahre die Provinz

Sachsen auf, nämlich 2966. Es folgen dann Württemberg und Bayern mit 2900 Arbeitsstunden, Mecklenburg-Schwerin mit 2873, Ostpreußen mit 2855, Brandenburg mit 2850, Schleswig-Holstein mit 2825, Anhalt, Thüringen, Hessen-Kassel mit 2800, Freistaat Sachsen mit 2775, Provinz Sachsen und Hannover mit 2750. Der Bezirk in Deutschland, in dem die niedrigste Zahl tariflicher Arbeitsstunden in der Landwirtschaft zu finden ist, ist die Provinz Westfalen. Die Zahl der tariflichen Arbeitsstunden beträgt hier 2723.

Der Deutsche Landarbeiterverband rechnet mit einem Durchschnitt von 2900 tariflichen Arbeitsstunden. Legt man dabei 300 Arbeitstage pro Jahr zu Grunde, kommt man auf eine tägliche Arbeitszeit von über 9 1/2 Stunden.

Diese Feststellung ist wichtig, denn sie widerlegt das Gerücht der landwirtschaftlichen Unternehmer, daß ihnen die Achttundentag-Bewegung des Wirtschaftens unmöglich gemacht habe.

Generalversammlung der Sattler.

Katastrophale Niederlage der Kommunisten.

In der Generalversammlung am Donnerstag, der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuille, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, gab zunächst Osten den Quartalsbericht. Ihm ist zu entnehmen, daß in verschiedenen Branchen neue Abschlüsse getroffen werden konnten. So war es möglich, den Tariflohn der Linoleumleger auf 1,70 M. und den Lohn der Zelte- und Plänesattler auf 1,50 M. zu stellen. Die Verhandlungen in der Lederwarenbranche sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Karosseriebranche hat einen Schiedspruch mit einer Erhöhung von 6 Pf. bekommen, der allerdings noch der Abstimmung unterliegt.

Die große Arbeitslosigkeit habe sich ferner bemerkbar gemacht und auch einen kleinen Rückgang der Mitgliederzahl verursacht. Sie ist um 46 auf 5048 gesunken. Die Lokalkasse verfuhr eine Zunahme von 8000 M. und hat jetzt einen Bestand von 118.655 M. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Versammlung erklärte sich somit mit der Arbeit der Verwaltung einverstanden.

Dann begründete Blume den Antrag der Geschäftsleitung, wonach die Wahlen der Angestellten auch in der Generalversammlung vorgenommen werden können. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Wahlen der Angestellten wandte sich der Führer der Kommunisten Hegenbart mit den üblichen Argumenten, die aber gar keinen Eindruck machten, denn die Versammlung beschloß mit

Verfassungsfeier!

An die Berliner A.M.-Kollegenschaft!

Im Interesse einer geschlossenen, einheitlichen und machtvollen Verfassungsgemeinschaft haben wir in diesem Jahre von einer besonderen Berliner A.M.-Verfassungsfeier abgesehen!

Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, sich vollzählig an den großen in Berlin veranstalteten Kundgebungen am 10. und 11. August zu beteiligen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Ortskartell Berlin.

Flatau.

Petersdorf.

übergroßer Mehrheit die Forderung vorzunehmen. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, bereits in dieser Versammlung die notwendigen Ergänzungen durchzuführen.

Durch die Wahl des Genossen Blume zum 2. Zentralvorsitzenden mußte die Neuwahl des ersten Bevollmächtigten vorgenommen werden. Ohne Gegenkandidaten wurde Genosse Wilhelm Osten gegen eine kleine Minderheit zum 1. Vorsitzenden gewählt. Für den dadurch freigewordenen Posten des 2. Vorsitzenden schlug die Amsterdamer Richtung den Genossen Ernst Pinkowski vor, während die Opposition A. Ewert in Vorschlag brachte. Bei der Abstimmung erhielt Pinkowski 90 Proz. aller Stimmen.

Die Generalversammlung, zu der jedes Mitglied Zutritt hat und die sehr gut besucht war, hat durch die Abstimmungen bewiesen, daß sie es endgültig ablehnt, kommunistische Zerstörungsarbeit zu unterstützen. Die achtseitige Zeitschrift, die die Kommunisten verbeitet hatten, die von Berunglimpungen der Organisation und deren Einrichtungen nur so strotzt, hat das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreicht: Die Mitglieder wenden sich voller Ekel ab und die „Opposition“, die das Produkt eines Kasper, M. d. L., vertreten muß, findet bei der Mitgliedschaft keinen Anklang mehr.

Eine Geschichte der Dachdecker.

Der Zentralverband der Dachdecker hat anlässlich seines vierzigjährigen Bestehens ein Gedenkbuch herausgegeben, das gleichzeitig der erste Band der Geschichte dieser Organisation ist. Das Buch ist eine tiefgründige Arbeit des Genossen Theodor Thomas, die er neben seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Dachdeckerverbandes, Redakteur der Verbandszeitung usw. in seiner „freien“ Zeit vollbracht hat. Der Verfasser gibt einleitend einen historischen Überblick über die Entwicklung der Dachformen sowie des Dachdeckerberufes und schließt anschließend daran das Junifest des Mittelalters, wobei er es geschickt vermeidet, das bereits in anderen Geschichtsbüchern der Gewerkschaften oder in ähnlichen Werken Mitgeteilte zu wiederholen. Er leitet dann über zur sogenannten Blütezeit des Handwerks und zu der Zeit der ersten gewerkschaftlichen Verbindungen der Gesellen, um seine historische Studie abzuschließen mit der Gründungsepoche der Gewerkschaften im allgemeinen und des Dachdeckerverbandes im besonderen. Ein „Allerlei Kuriosa“ überschriebenes Kapitel vermittelt einen interessanten Einblick in die Junst- und Handwerksgebräuche des 18. und 19. Jahrhunderts und nötigt dem Leser vielfach ein stilles Lächeln ab über die „Sorgen“, die damals in der Zeit der Postkutsche die Gesellen und Meister hatten. Das Gedenkbuch ist auf gutem Kunstdruckpapier hergestellt und mit interessanten Dokumenten und Bildern illustriert. Das in einem sauberen und sehr flüssig geschriebenen Buch ist nicht nur für den Lesenden, der Mitglied des Dachdeckerverbandes ist, sondern bietet auch dem Außenstehenden manche Belehrung und Anregung.

Abgelehnte Verbindlichkeitserklärung.

Beuthen, 9. August.

Der in der Gehaltsstreitigkeit mit den Angestelltenorganisationen am 12. Juli 1929 gefällte Schiedspruch war von den Angestelltenorganisationen angenommen, vom Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie abgelehnt worden. Die Organisationen hatten darauf die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt mit der Begründung, daß durch den Schiedspruch keine Gewähr für eine längere Befriedung der Arbeitsverhältnisse gegeben ist, da jederzeit gekündigt werden kann.

23 Tote in Lupeni.

Der Streik dauert an.

Bukarest, 9. August.

Nach Berichten aus guter Quelle beträgt die Zahl der bei den blutigen Unruhen in Lupeni getöteten Bergarbeiter 23. Man befürchtet, daß noch einige Schwerverletzte ihren Verwundungen erliegen werden. In den Gruben ist niemand verunglückt, obwohl die Sicherungsarbeiten von den streikenden Arbeitern eingestellt wurden. Aus Lupeni wird ferner gemeldet, daß das Elektrizitätswerk wieder in Stand gesetzt worden ist, der Streik in den Gruben aber andauert. Die Bergarbeiter haben sich in ihre Wohnungen zurückgezogen und verhalten sich ruhig. „Euvantul“ meldet, daß sich auch die Bergarbeiter in Resiha dem Streik angeschlossen haben, daß aber auch dort vollkommene Ruhe herrscht.

Frieden in der Binnenschifffahrt.

In der westdeutschen Binnenschifffahrt ist durch den Abschluß der Tarifverträge mit der Bierschifffahrt und in der westdeutschen Kanalschifffahrt nunmehr der Frieden wieder hergestellt. In der Bierschifffahrt kam es zu einer Vereinbarung. Die Unternehmer haben den Schiedspruch, der eine Verbesserung der Löhne um 4 bis 5 Proz. bringt, angenommen, nachdem man übereingekommen war, für die Vermittlung der Lokomotoren eine besondere Abmachung zu treffen.

Auch in der Kanalschifffahrt kam es zu einer Vereinbarung. Hier wurde der Spruch, der eine Lohnerhöhung ähnlich der der Bierschifffahrt bringt, von den Unternehmern restlos anerkannt. Schließlich ist auch der Lohnkonflikt im Düsseldorfener Hafen durch eine Vereinbarung aus der Welt geschafft worden. Die Arbeitgeber bequamen sich zur Annahme des Schiedspruches.

Katzen, 9. August. Montag, 12. August, 19 Uhr, in den Sophienhallen, Sophienstr. 17/18, Vollversammlung aller Genosseninnen und Genossen. Tagesordnung: Sitzungnahme zur Generalversammlung. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, an dieser Versammlung teilzunehmen. Der Fraktionsvorsitz.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Sonnabend, 19 Uhr, Probe für Jugendklub „Wir und Sie“, im Jugendheim des Verkehrsvereins, Einzelufer 24-A. - Näheres: Kinderklub Regimentspark. Wie heißt er? Finden Sie um 16 1/2 Uhr auf dem Sportplatz am Uckersee. - Sitzung, besser Kinderklub Regimentspark! Wie heißt er? Finden Sie am Sonntag, dem 11. August, 14 1/2 Uhr, bei dem Kollegen Reich Schira, in den Paraden, Danksgr. Str. 62.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Seger; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Frauenklub: A. S. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Gluck; Druck: Ullrich in Berlin; Verlag: Formaria-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaria-Verlag, Berlin. Druck: Formaria-Verlag Paul Singer u. Co., Berlin G.M., 68, Unter den Eichen 1, Dierich 1, Kollage und „Unterhaltung und Wissen“.

Saison-Ausverkauf

Beginn 1. August

Herren-Anzüge von 39.00 Mk. an
Herren-Mäntel „ 39.00 „ „
Regenmäntel „ 17.50 „ „
Windjacken „ 9.50 „ „

M. Schulmeister

Eckhaus am Kottbusser Tor

Der Feiertag der Republik.

Wie Berlin zum Verfassungstag rüstet.

Schon am Freitag abend merkte man überall in Berlin die Vorbereitungen zu dem großen Feiertage der Republik, dem zehnten Jahrestage der Verkündung unserer Weimarer Verfassung. Die Häuser werden geschmückt, der „Vorwärts“ und die Verlage der anderen republikanischen Zeitungen lassen schwarzrotgoldene Banner hissen und Girlanden winden. Prachtig geschmückt ist das Haus Belle-Alliance-Platz 8, wo sich der Sozialdemokratische Pressedienst befindet. Am Reichstag, am Brandenburger Tor, am Pariser Platz, Unter den Linden sind fleißige Hände dabei, Hunderte von Fahnenmasten zu errichten, die mit den Farben der Republik geschmückt werden. Vor dem Brandenburger Tor ist das provisorische Denkmal für die Gefallenen fast vollendet. Eine riesige Tribüne ist vor der Staatsoper, der Universität gegenüber, errichtet. In den Arbeiterbezirken Neukölln und Kreuzberg, wo die Lektierer ihre Stammquartiere haben, werden die Schutzbündler mit ihren schwarzen schmucken Uniformen begeistert von der werktätigen Bevölkerung begrüßt. Der Gruß „Freundschaft!“ ist in aller Munde. Große Transparente sind über die Straßen gespannt. „Die Verfassung ist der Hort der Freiheit. Es lebe die Republik!“ An den Aufschlagäulen leuchten die Aufrufe des Magistrats „An die Bürger Berlins!“ und die des Reichsbanners, den 10. Verfassungstag zu einem Volkstag der Republik zu machen. Die Bezirksämter haben ihren Flaggen schmaud bereits angelegt. Auch viele private Häuser zeigen die Symbole der Republik. Stündlich treffen Hunderte von kleinen Reichsbannergruppen zu Fuß und per Rad aus den entferntesten Gauen, aus Baden und dem Rheinland, von der Wasserfante und aus Thüringen, aus Franken und Oberschlesien in der Reichshauptstadt ein. Es ist ein verheißungsvoller Kontakt zu dem Marsch der Republikaner in Berlin!

Verkehrspolizei und Verfassungstag.

Eine Mitteilung des Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die verschiedenen Verfassungsfeiern, die am 10., 11. und 12. August stattfinden, haben folgende Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs erforderlich gemacht.

I. Am 10. August 1929.

a) Verfassungsfeier auf dem Jahnplatz in der Hakenheide am 10. August 1929, 10 Uhr vormittags. Ab 9.15 Uhr wird der Fahrverkehr einschließlich Abzug ausschließlich Straßenbahn in der Hakenheide bis zum Schluß der Veranstaltung, wahrscheinlich gegen 10.30 Uhr durch die Camphausen-, Urbanstraße umgeleitet.

b) Flugveranstaltungen auf dem Tempelhofer Feld am 10. August 1929 um 13 Uhr. Die Anfahrt sämtlicher Fahrzeuge zum Flughafen erfolgt nur durch den Westeingang, und zwar aus Richtung Hallesches Tor durch die Belle-Alliance-Straße, Berliner Flughafenstraße. Aus Richtung Schöneberg nur durch die Kolonnen-, Dreibund-, Berliner Straße; aus Tempelhof durch die Berliner Straße. Die Abfahrt aller Fahrzeuge erfolgt entweder durch die verlängerte Friesenstraße oder durch die Lillienthalstraße oder über die Flughafenstraße, Ostausgang Richtung Neukölln. Die Parabelstraße darf nur in Ostwestrichtung befahren werden. Der Durchgangsverkehr von Berlin nach Tempelhof wird von der Belle-Alliance-Straße, Ecke Dreibundstraße ab durch den Hohenzollernkorso, Breitenring, Mittelsbacher Korso, Unterführung B geleitet. Der Verkehr von Tempelhof Richtung Berlin läuft am Bahnhof Tempelhof vorbei über den Hohenzollernkorso. Fußgänger können das West- und Osttor der Flughafenanlage sowie die Lillienthalstraße, Ecke Kolumbiastraße nur mit gültigen Karten passieren.

c) Konzert und Zapfenstreich des Reichsbanners am 10. August 1929 von 19 bis 22 Uhr vor dem Reichstagsgebäude.

Ab 21 Uhr wird bis zum Schluß der Veranstaltung, voraussichtlich 22 Uhr — soweit notwendig — die östliche Fahrbahn des Platzes der Republik einschließlich Friedensallee für den Fahrzeugverkehr gesperrt. Umleitung, auch für die Autobuslinien 11, 19 und 21, in beiden Richtungen durch die Straße am Reichstag, Friedrich-Ebert-Straße.

II. Am 11. August 1929.

a) Reichsbannerveranstaltung Unter den Linden und Feier der Reichsregierung im Reichstag. Während der Dauer der Reichsbannerveranstaltung, voraussichtlich von 12 bis 17 Uhr, wird der Fahrverkehr (Längs- und Querverkehr) aus der Straße Unter den Linden einschließlich Pariser Platz, Kaiser-Franz-Josef-Platz, Lustgarten, Schlossfreiheit, Schlossplatz herausgenommen, und zwar der Längsverkehr Unter den Linden ab 11.30 Uhr und der Querverkehr ab 12 Uhr. Eine Verkehrsleitung im Lustgarten wird nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse wahrscheinlich schon vorher stattfinden müssen. Ab 11.30 Uhr kann in der Umgebung der Straße Unter den Linden nur Anliegerverkehr gestattet werden, und zwar in dem Teil, der durch folgende Straßen (diese ausschließlich) begrenzt wird: Friedrich-Ebert-, Boh-, Mohrenstraße, Hausvogteiplatz, Niederwallstraße, Spittelmarkt, Gertraudenstraße, Wühlendamm, Tollenmarkt, Spandauer, Neue Friedrichstraße, An der Spandauer Brücke, Hodelscher Markt, Draniensburger Straße, Artilleriestraße, Friedrich-Karl-Straße, Unioersitätsstraße und Dorotheenstraße. Diese Begrenzungsstraßen kommen noch als Umleitungsstraßen für den übrigen Fahrverkehr in Betracht. Mit Ausnahme der öffentlichen Verkehrsmittel wird der Fahrverkehr von Norden nach Süden von der Friedrich-Ebert- und Luisenstraße vor der Weidendammbrücke, Warschallbrücke abgeleitet. Nach vollendetem Abmarsch des Reichsbanners vom Zirkus Busch zum Lustgarten, gegen 11 Uhr, werden die Große und Kleine Präsidentenstraße, Neue Promenade, Neue Friedrichstraße, Burgstraße und Museumsstraße für den übrigen Fahrverkehr freigegeben. Leere Droßfken können

auf der südlichen Umgehungs-fahrbahn des Pariser Platzes, in der Wilhelmstraße zwischen Behrenstraße und Unter den Linden, in der Behren- und Mittelstraße, in dem nördlichen Teil der Charlottenstraße sowie in der Ullrichsstraße Aufstellung nehmen. Die öffentlichen Verkehrsmittel der Abzug werden umgeleitet.

Bei den Straßenbahnen ändert sich nichts. Mit der Aufhebung dieser Maßnahmen kann gegen 17 Uhr gerechnet werden.

b) Verfassungsfeier im Stadion am 11. August 1929 16 Uhr: Die Anfahrt für alle Wagen, deren Insassen am Stadioneingang aussteigen und die alsdann leer zu den Parkplätzen fahren oder nach Berlin zurückfahren wollen, geht über Heerstraße, Rennbahnstraße, Stadionallee. Wagen, die unmittelbar auf die Parkplätze wollen, fahren Heerstraße, Schirmwider Allee an.

III. Am 12. August 1929.

Verfassungsfeier der Polizei am 12. August 1929, 10 Uhr. Eine Umleitung des Fahrzeugverkehrs wird wahrscheinlich ab 9 Uhr bis nach Beendigung der Feier um 11 Uhr erforderlich sein. Die Umleitung geschieht wie üblich durch die Niederlagstraße bzw. über den Schinkelplatz sowie durch die Straße am Zeughaus bzw. hinter dem Gleichhaus.

Bürger unserer Stadt!

Der Magistrat zum Verfassungstag.

Der Magistrat der Stadt Berlin ersucht zum Verfassungstag diesen Aufruf:

Vor zehn Jahren — am 11. August 1919, dem Ehrentage der Deutschen Republik — hat sich das deutsche Volk, „einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern“, seine Verfassung gegeben! Dieses große Werk von Weimar, das in unserem Vaterlande den Grundstein für eine starke Demokratie legte und diese mit freibeitlichem und sozialem Geiste erfüllte, ist zum wahren Lebensbuche des deutschen Volkes geworden. Bei aller politischen, wirtschaftlichen und seelischen Not, die uns noch bedrückt und für lange Zeit nicht von uns genommen werden soll, kann uns ein Rückblick auf das erste Jahrzehnt der Deutschen Republik und des deutschen Verfassungswertes nur mit Stolz und Freude erfüllen. Die Weimarer Verfassung hat nach den Ideen der Besten unseres Volkes einen Volksstaat aufgebaut, der, geliebt und gestützt von der Gesamtheit der deutschen Bürger, schon nach dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens eine nationale Einheit für alle Zeiten sichern konnte und zur Heimstätte wahrer Freiheit und Gerechtigkeit geworden ist.

Bürger unserer Stadt! Laßt uns, befeelt von starkem Glauben an unsere Zukunft, rafflos weiterstreben im Dienste und zum Besten des Volksjanzel! Gelobt am 11. August, der Verfassung der Deutschen Republik getreulich und mit aller Kraft und Hingabe zu dienen und jetzt zur Bekräftigung eures Treuegeißnisses das Banner deutscher Einheit und Größe: die Farben Schwarzrotgold!

Schwarzrotgold auf der Havel.

Geschwaderfahrt auf den Havelseen am Verfassungstag.

Die Motorbootabteilung „Havel“ des republikanischen Deutschen Auto-Clubs veranstaltet Sonntag, den 11. August, ab Havelgemünde b. Schildhorn eine Auffahrt sämtlicher Jachten und Motorboote nach Redlich, wo eine Verfassungsfeier gemeinsam mit der Autogruppe des DVC stattfindet.

Die Motorbootabteilung „Oberpre“ beteiligt sich an der Auffahrt des Deutschen Wasserportverbandes nach Treptow.

Zu den Auffahrten beider Motorbootabteilungen sind auch Nichtmitglieder willkommen. Anmeldungen an die Geschäftsstelle des Deutschen Auto-Clubs, Motorbootabteilung, Neue Wintersfeldstr. 20 (Tel. Barbarossa 8987).

Der Volksrundflugtag.

Der „Sturmvogel“ ruft euch nach Tempelhof!

Der Flugverband der Werttätigen veranstaltet zur Feier der Verfassung am 11. August einen Volksrundflugtag. Der Beginn ist auf 14 Uhr festgesetzt, die Eintrittspreise betragen nur 30 Pf. oder für die ganz „bevorzugten“ Plätze 1 M. Ernst Udet wird von 14 bis 14.30 Uhr Kunstflüge vorführen. Von 14.30 bis 18 Uhr werden zehn Großflugzeuge der Deutschen Luftkassa zum Preise von 4 M. Rundflüge veranstalten. Von 18 bis 18.30 Uhr zeigt wieder Ernst Udet seine Kunstflüge. Nach Regalkationen Alfred Beierles wird der Reichsminister des Innern, Genosse Karl Seegering, vom Führer einer Flugmaschine aus eine Ansprache halten, um den Tag der Verfassung zu feiern. Von 19 Uhr ab folgen neue Rundflüge der Deutschen Luftkassa. Ein Riesenschützenfeuerwerk schließt sich um 21.30 an, es erfolgt ein der Erde und aus dem Flugzeug und wird geleitet von den pyro-

Achtung! Jugendgenossen!

In der letzten Zeit mehren sich die Ueberfälle auf unsere Jugendgenossen durch kommunistische Rowdys, die den Einbruch einer planmäßigen Hinarbeit auf Zusammenstöße mit Andersdenkenden machen. Wir haben nicht die Absicht, Kämpfe zwischen jungen Proletariern zu fördern, zumal wir nicht in das Wirkungsgebiet der Polizei eingreifen wollen. Wir fordern unsere Jugendgenossen auf, alles zu unterlassen, was Anlaß zu solchen Aktionen geben könnte. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß wir uns künftig mit allen zweckmäßigen Mitteln gegen diese Methoden politischer Verklumpung zur Wehr setzen werden.

Bezirksvorstand der sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin.

technischen Fabriken J. F. Eisfeld, Silberhütte-Anhalt. Um 22 Uhr werden die gesamten Anlagen des Flughafens Tempelhof festlich erleuchtet. Auf dem Platz konzertieren das Orchester der Nachrichtenabteilung III, Potsdam, Reichswehr, unter Obermusikmeister Walter Harmens, und das Orchester der Berliner Kriminalpolizei unter Kriminalassistent Gustav Schmidt. Ein Tanzorchester spielt im Freien auf. Daneben werden sportliche Kämpfe von Mitgliedern des Bogspannclubs „Westen e. V.“ und „Heros e. V.“ ausgeführt. Der deutsche Meister und Olympiastampfer Ziglarzki wird teilnehmen. Bei der Sturm-vogel-Tombola kostet ein Los 30 Pf. Hauptgewinne sind: Ein BMW-Auto, Motor- und Fahrräder, Luftreifen durch Europa, Zeppelinreise, Rundflüge.

Es ist zu erwarten, daß der Flugverband der Werttätigen auf einen vollen Erfolg zu seiner wohl vorbereiteten Feier rechnen kann.

Gruß den Schutzbündlern!

Empfangsabend für die österreichischen Gäste.

Im Standquartier Neukölln-Brick trafen im Laufe des gestrigen Tages weitere Abordnungen des Österreichischen Schutzbundes ein. Vor dem Standquartier Allems Fest-Säle wartete den ganzen Tag die Neuköllner Bevölkerung, um die Österreicher herzlich zu begrüßen.

Abordnungen von Kärnten, Steiermark, von Linz und Böhmen sind eingetroffen. Für die Gäste aus Oesterreich wurde in Allems Festsälen ein Begrüßungsabend veranstaltet. Zu Tausenden kamen die Neuköllner, um an diesem Abend teilzunehmen. Am Hermannplatz, wo herrliche Dekorationen aufgebaut sind, und in der Hofenheide ist ein ständiges Kommen. Der große Garten in Allems Festsälen und auch die Säle sind bald überfüllt. Zu Tausenden müssen die Gäste in den Gängen stehen bleiben. Die Kapelle aus Wiener-Neustadt bringt ein reiches Programm zum Vortrag. Ihre Darbietungen finden reichen Beifall. Um 6 Uhr traf noch eine Abordnung aus Linz ein. Nachdem diese Kameraden mit Quartier versorgt sind, beginnt das offizielle Festprogramm. Kamerad Arno Scholz begrüßt im Auftrage des Neuköllner Ortsvereins und der Neuköllner Partei die Gäste aus Wien.

Er betont, daß die Neuköllner Bevölkerung Tausende von Quartieren zur Unterbringung der Österreicher zur Verfügung gestellt hat.

Wenn einige kommunistische Hezer die Veranstaltung fördern wollen, so lassen sich die Kameraden aus Oesterreich und vom Reichsbanner nicht provozieren. Wenn sie aber angegriffen werden, dann, nur dann freilich sehen sie sich kräftig zur Wehr. Der Gauvorsitzende, Kamerad Schelling, überbringt die Grüße des Bundes- und Gauvorstandes und spricht seine Freude aus, daß der österreichische Schutzbund so zahlreich nach Berlin gekommen ist. Wir wissen uns eins mit den Brüdern aus dem Süden. Wir sind eines Stammes und haben einen großen Gedanken. Wir wollen den politischen Parteien bei der Schaffung des deutsch-österreichischen Einheitsstaates helfen. Stürmischer Jubel begleitet die Worte des Gauvorsitzenden.

Von dem österreichischen Schutzbund sprach der Vorsitzende der Berliner Delegation, Kamerad Boigt, der von den Gästen stürmisch begrüßt wird. Er schildert in trefflichen Worten die Arbeit des Schutzbundes und spricht seine Freude darüber aus, daß er wieder einmal mit den Berliner Reichsbannerkameraden einen Aufmarsch im Dienste der Republik machen und auch einige frohe Stunden mit ihm erleben kann.

Stürmische Freundschafts- und Frei-Heil-Rufe danken dem bewährten Führer der Österreicher für seine herrlichen Worte.

Kamerad Dr. Richter überbringt die Grüße der in Berlin lebenden Österreicher, die seit Jahren, im österreichisch-deutschen Volksbunde zusammengeschlossen, an dessen Spitze Löbe, Stampfer und Hilferding stehen, im Dienste der groß-deutschen Republik arbeiten. Die Kameraden des Reichsbanners und des Schutzbundes sind die Pioniere für das einigte Deutschösterreich. Kamerad Bugl dankt im Namen aller Österreicher und besonders der Wiener-Neustädter für die herrliche Aufnahme in Neukölln. Alle Kameraden vom Schutzbund sind voll des Lobes für die gastfreundlichen Berliner, vor allem für die Neuköllner, die mit seltener Kupferfertigkeit tagelang ihren Wohnraum für die Gäste zur Verfügung stellen.

Wir fühlen uns nicht als Ausländer, wir sind so herzlich aufgenommen, daß uns immer wieder klar wird: Wir gehören zusammen.

Mit den Republikanern Deutschlands und Deutschösterreichs werden wir das gemeinsame große Werk, die Einheitsrepublik der Deutschen, schaffen. Auch dem Kameraden dankt stürmisch Frei-Heil für seine Worte. In gemüthlichem Beisammensein werden alte Freundschaftsbünde erneuert, werden herrliche Bande zwischen Nord und Süd geschlossen.

Der Auftakt der großen Reichsbannerverfassungsfeier, die Begrüßung der Österreicher in Neukölln, zeigt schon, daß Berlin alle seine Gäste herzlich aufnehmen wird.

Zeppelin kommt nicht nach Berlin.

Auf die Einladung des Reichsverkehrsministeriums an Dr. Edener, am Verfassungstag mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ nach Berlin zu kommen, ist von Dr. Edener folgende Antwort eingetroffen: „Herzlichen Dank für Einladung. Luftschiff wird aber voraussichtlich schon am 10. in Friedrichshafen sein.“

Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ sich um 17 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf 49 Grad nördlicher Breite und 26 Grad westlicher Länge befunden hat. Man nimmt an, daß das Luftschiff in Richtung auf die Azoren fliegt. Nach Ansicht des New Yorker Sachverständigen Kimball wird der Zeppelin vorübergehend eine Nebel- und Regenzone durchfliegen müssen, dann aber wieder auf besseres Wetter treffen.

Amerikanische Markthallen.

Die neue Zentralmarkthalle für Berlin.

Gestern berichteten vor Vertretern der Berliner Presse Stadtrat Busch und der Direktor der südlichen Markthallen Morawski über das Ergebnis ihrer Amerikafahrt, die sie zur Erforschung der überseeischen Markthallenverhältnisse unternommen hatten.

Aus den Ausführungen beider Redner ging hervor, daß uns Amerika auch auf diesem Gebiet sowohl Warnung wie auch Vorbild sein kann. Das gesamte amerikanische Markthallenwesen beruht auf dem nachsten Profitinteresse einiger kapitalistischer Gruppen. Ein Einfluß der Stadtverwaltungen besteht nur vereinzelt und auch da nur mangelhaft. Stadtrat Busch führte einleitend aus, daß die Reise notwendig geworden sei, weil demnächst am Westhafen in Berlin

der Bau einer großen neuen Zentralmarkthalle in Angriff genommen

werden soll. Vor Inangriffnahme dieser Halle, die wahrscheinlich für die nächsten 50 bis 100 Jahre in Europa als vorbildlich gelten werde, sei es die Pflicht der verantwortlichen Stellen gewesen, die Verhältnisse in dem Lande des größten Gemüse- und Obstverbrauchs zu studieren. — Fast alle Hallen, die man drüben besichtigt habe, hätten eine Architektur gemeinsam, die rein von der praktischen und zweckmäßigen Seite aus bestimmt worden sei. Sie zeigten aber auch in ihrer übergroßen Zahl Mängel, die einfach deshalb nicht abgestellt werden, weil dadurch der Gewinn ungünstig beeinflusst würde. Auf für unsere Begriffe unerträgliche Zustände treffe man besonders oft in hygienischer und sozialer Hinsicht. Die Hallen sind meist mit den billigsten Mitteln errichtet, sehr häufig sind die privaten Eisenbahngesellschaften Besitzer der gesamten Anlagen.

Kommunaltypische Arbeit, die im Interesse aller Volksschichten liegt, wie sie in Berlin in den letzten Jahren mit Erfolg getrieben worden ist, kennt man in Amerika nicht.

Insgesamt wurden 12 größere Städte besucht. New York, Boston, Detroit, Chicago, Denver, Los Angeles, San Francisco, Sacramento, San Louis, Washington, Baltimore und Philadelphia. Den mehr oder weniger großen Hallen dieser Städte ist eigen, daß sie lang und schmal gebaut sind. Im Gegensatz zu den neuesten Bauten in Deutschland, z. B. in Frankfurt a. M. und Leipzig, wo man auch auf die architektonische Schönheit des Baues großen Wert gelegt hat. Eine weit größere Bedeutung als bei uns haben in USA die Kühlhäuser und Kühlanlagen, weil oft große Mengen Lebensmittel längere Zeit bei starker Hitze aufzubewahren sind. Hier trifft man oft auch auf sehr vorbildliche und erstklassige Anlagen. Welche Summen Geldes der sonst so geschäftstüchtige Amerikaner zuweilen auch vergeudet, zeigt die Tatsache, daß in New York eine erstklassige Großmarkthalle, die sogenannte Bronx Market Hall, völlig fertiggestellt, nicht der Benutzung übergeben wird, weil irgendwelche privaten Interessen dem entgegenstehen. Diese Halle, die ungefähr 16 Millionen Dollar gekostet hat, ist zweistöckig gebaut. Sie ist durch hochgelegte Straßen auch im zweiten Stockwerk für Fuhrwerke und Autos befahrbar. Auch diese Halle ist mit einem großen Kühlhaus verbunden, das sowohl für Frischobst wie auch für Trockenfrüchte benutzt werden kann. Die einzelnen Lagerräume sind durch zweckentsprechende maschinelle Einrichtungen in den verschiedensten Temperaturen benutzbar. Das Maschinenhaus mit dem dazugehörigen Elektrizitätswert ist in jeder Hinsicht erstklassig. Der Redner kam dann auf das Grundstückswesen zu sprechen.

Eine eigene Bodenvorratswirtschaft, wie sie Berlin und auch andere deutsche Städte treiben, kennt man drüben ebenfalls nicht.

Eine Ausnahme macht Chicago, das sämtliche Wald- und Wiesenflächen aufgekauft hat, um sie der ärmeren Bevölkerung zu Erholungszwecken vorzubehalten. Gleichfalls sehr im Rückstand gegenüber Deutschland ist Amerika im Flugwesen. Auch hier

liegt alles in Händen von Privatgesellschaften, auch hier ist für alle Maßnahmen allein das uneingeschränkte schärfste Profitinteresse maßgebend.

Anschließend ergänzte der Direktor der städtischen Markthallen Morawski noch die Ausführungen des ersten Redners. Der New-Yorker verzehre durchschnittlich pro Tag zwei englische Pfund Obst und Gemüse, während der Berliner durchschnittlich pro Tag nur etwa 350 Gramm davon zu sich nehme. Die Kleinmarkthalle hat in New York und anderen Großstädten Amerikas nicht entsetzt die Bedeutung wie bei uns, weil ein großer Teil der amerikanischen Haushaltungen nicht selbst kocht. — Für den geplanten Berliner Neubau, der dringend notwendig sei, kommen nach Ansicht des Markthallendirektors nur langgestreckte, verhältnismäßig schmale Hallen in Frage, die von beiden Seiten die Heranführung von Eisenbahnwaggons ermöglichen. Man hofft mit dem Bau in ungefähr einem Jahre beginnen zu können. Was mit der alten Halle am Alexanderplatz geschieht, ist noch völlig unentschieden.

Reklameschau am Kaiserdamm.

Auch Kioske der SPD-Presse und der „Konzentration“.

Nachdem die Ausstellung Gas und Wasser am Kaiserdamm geschlossen wurde, öffnet die Ausstellungslösung sofort ihre Hallen zu einer nicht minder großen Ausstellung „Die Reklameschau“. Reklame, die noch einmal für sich selbst Reklame macht.

Wer sollte es nicht vom großen Publikum interessieren, wenn man weiß, daß neunzig Prozent aller Menschen dauernd durch die Reklame belehrt und in ihrer Wunschrichtung bei allen täglichen Bedarfsdingen beeinflusst werden. Diese großartige, ganz im Sinne wahrer Reklame aufgelegene Ausstellung ist eine der schönsten, farbigsten und interessantesten, die am „laufenden Band“ des Berliner Ausstellungswesens zu sehen ist. Besonders wirksam ist der Ehrenhof, in dem eine alte Stadt aufgebaut wurde, ein Stück naturgetreuen Mittelalters. Diese Abteilung zeigt das Entstehen der Reklame aus seinen uraltesten Anfängen heraus bis zur heutigen Vollendung, vom pompejanischen Gladiatorenpalast bis zu dem Plakat von Drück zu den „Wern“ und den „Mertreuesten“. Eine Schau, die über ihren Rahmen hinweg von einzigartiger künstlerischer Wirkung ist. Dann reiht sich die „Eigenreklame der Länder und Städte“ an. Ganz Deutschland ist hier in Wort und Bild vertreten. Das große Werbemittel der Verkehrsvereine, Reiseunternehmen, Zeitungs- und Zeitschriftenwesen bis zur Reklame der deutschen Industrie sprechen in mehr oder weniger bekannten Uffischen erneut zu den Besuchern. Je mehr Erfolg eine Reklame zeitigt, um so reichhaltiger ist sie hier vertreten. Auch das Ausland hat viel Wertvolles beigetragen. Würdig und sehr modern ist auch die sozialdemokratische Presse mit dem Parteiausstellungskiosk „Konzentration“ vertreten. Auf Einzelheiten werden wir noch zu sprechen kommen.

Polizeipräsident und Hundesperre.

Der Polizeipräsident teilt mit: Nach der Verhängung der Hundesperre wird der Polizeipräsident tagtäglich in einer Unmenge von Briefen und Eingaben bestürmt, die Hundesperre wieder aufzuheben. Leider ist der Polizeipräsident jedoch nicht in der Lage, da er, nachdem ein Fall von Tollwut amtlich einwandfrei festgestellt wurde, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet war, die Hundesperre zu verhängen und für die Sperrbezirke die getroffenen Maßnahmen anzuordnen. Die Hundebesitzer haben es aber selbst in der Hand, durch genaueste Befolgung der erlassenen Vorschriften dafür zu sorgen, daß die getroffenen Maßnahmen nur vorübergehender Natur zu sein brauchen und die Hundesperre in absehbarer Zeit wieder aufgehoben werden kann.

Die Nase ist blaurot geädert, die stahlblauen, scharf zu blickenden gewohnten, schnellen Augen sind gern ein wenig blutgerändert. Unter dem grauen Schnauzbart sitzt ein wohlgeformter Mund mit roten Lippen und schönen Zähnen.

Er trifft die zerknitterte Feldmütze lechzend auf dem Ohr, mit der Reitseife an den Stiefelschaft klappend, vor der Tür seiner Kanzlei den Krankenträger Funk, der, von Schreibstube zu Schreibstube eilend, sich um Berge von Meldungen, Anordnungen, täglichen, fünfseitigen, zehntägigen Rapporten, um Berechnungen, Anforderungen und Ueberweisungen zu kümmern hat.

Funk steht, Papiere an die Hosennaht gepreßt, und wartet das Vorüberstreifen des Gewalthabers ab. Dessen Blick, geübt, in Hunderte von Männergesichtern zu spähen, ist hier festgehalten und neugierig gemacht. „Wer sind Sie?“ fragt er fast im Gesellschaftston.

Funk nennt das Nötige. „Aha, der Neue, der für den Herrn Regimentsarzt Kanzleidiens verzieht. Wir sind beide noch nicht lang auf unseren Posten, aber wir bemühen uns, nicht wahr, sie bis zum letzten auszufüllen.“

Funk beteuert es hastig. „Ihnen wird's nicht leicht fallen, das Genau und Exakte im Schriftwechsel. Ich weiß, daß Sie Dichter sind, ein phantastischer obendrein. Ich hab nämlich mal ein Buch von Ihnen gelesen — halt' ich Sie auf? — es hat geheißt „An der Schattengrenze“ oder „Grenzerhalten“ oder so ähnlich. Ein grauschönes Zeug — pardon, ich mein': das Grauen überläuft einen, aber höchst künstlerisch. Halt' ich Sie auf, wartet der Herr Regimentsarzt auf Sie? Wo müssen Sie denn hin?“

„Ans Kestler zurück, Herr Oberstleutnant.“

„Brav, da geh' ich mit, ich hab' schon lang a mal hinüber schauen wollen.“

Sie wandern mitammen durch die Dorfstraße. Pummer plaudert lebhaft. Er schiebt den Arm halb unter den des Krankenträgers. Leute, die ihnen begegnen, grüßen mit erstaunten Augen.

Dr. Oberstleutnant wiederholt bewundernd: „Wie ma nur so was schreiben kann! Jetzt verraten Sie mir bloß, wo Sie's hernehmen.“

Funk windet sich innerlich. Wie soll man einem Oberstleutnant dichterische Prozesse, von denen man selbst kaum etwas ahnt, klarmachen? „Die Sachen sind mir halt so eingefallen.“

Kommunisten greifen Polizei an.

Ein Mann in Notwehr erschossen. — Drei Verletzte.

Gestern abend kurz vor 10 Uhr ist es in der Koppen- und in der Langen Straße in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs zu schweren Ausschreitungen gekommen. Mehrere Polizeibeamte wurden von einer nach Tausenden zählenden jähwiesellosen kommunistischen Menge aufs schwerste bedrängt und mußten, da sie selber in Lebensgefahr gerieten, von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Einer der Angreifer wurde getötet, zwei andere schwer verletzt. Auch zwei der Polizeibeamten wurden durch Revolvergeschüsse der Demonstranten erheblich verletzt.

Der Polizeipräsident teilt zu dem Vorfall folgendes mit:

Auf dem Küstriner Platz und in der Koppenstraße sollte um 20.40 Uhr ein Demonstrationszug der KPD wegen Singens des Liedes „Das ist der rote Frontkämpferbund“ aufgelöst werden. Bei der Auflösung des Zuges wurden die Beamten angegriffen und ihnen Widerstand geleistet. Dabei mußte vom Gummistängel Gebrauch gemacht werden, worauf der Zug aufgelöst wurde. Im Anschluß daran wurde in der Koppenstraße eine Polizeistreife von den Demonstranten angefallen und beschossen. Ein Beamter wurde durch einen Pistolenschuß im rechten Oberarm und durch einen anderen im Rücken leicht verletzt. Ein anderer Beamter wurde von der Menge geschlagen sowie getreten und mußte in seiner Bedrängnis von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Hierbei wurde einer der Angreifer getötet und einer verletzt. Die beiden verletzten Beamten sowie die verletzten Angreifer wurden zur Rettungsstelle und von dort in das Staatskrankenhaus gebracht.

Der Name des Toten ist Stefan Werginich aus Rehmagen im Rheinland. Die Namen der Verletzten: Richard Hase, Polizeioberwachmeister (Streichschuß im Rücken, Reinhold Patoli (Streichschuß im Arm), Emil Hilberg, Simonstr. 24 (Durchschuß an der linken Halsseite). Eine Frau aus der Paul-Singer-Str. 33 erlitt einen Herzschmerz und Herzschwäche. Die Leiche des Getöteten wurde beschlagnahmt und nach dem Schaubaus gebracht. Die Verletzten wurde durch Wagen des Städtischen Rettungsamtes in das Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Der Kamerad Bruno Gierke wurde auf dem Heimweg in der Mainzer Straße in Lichtenberg von Kommunisten niedergeschlagen; er erhielt einen Messerstich in den Kopf.

Kranunglück beim U-Bahnbau.

Zwei Arbeiter schwer verletzt.

Bei Umbauarbeiten auf der U-Bahnstation Stadion im Grunewald ereignete sich gestern ein Kranunglück, bei dem zwei Arbeiter schwer zu Schaden gekommen sind.

Der U-Bahnhof Stadion, der in seiner alten Form den Verkehrsansprüchen nicht mehr genügt, wird zurzeit von einer Baufirma völlig umgebaut. In einer Stelle wurde ein großer Kran zum Transport der schweren Eisenträger errichtet. Gestern stürzte inmitten der Arbeit der Kran mit großem Krach plötzlich um. Während mehrere an der Unfallstelle beschäftigte Arbeiter die Gefahr noch rechtzeitig bemerken und sich in Sicherheit bringen konnten, wurden der 27jährige Hans Wiese aus der Mittelstraße 9 und der 23jährige Karl Köhler aus Charlottenburg, Fürstenbrunner Weg, unter dem niederstürzenden Eisen gerüst begraben. Beide erlitten schwere Verletzungen; die Berührungswunden wurden von Arbeitskollegen aus ihrer qualvollen Lage befreit und durch Rettungswagen der alarmierten Feuerwehr ins Westend-Krankenhaus übergeführt.

Ehrenbefehung Heinrich Zilles.

Die Stadtverwaltung Berlin beabsichtigt, dem verstorbenen Professor Heinrich Zille eine Ehrenbefehung auszurufen, sofern sich die Angehörigen des Meisters damit einverstanden erklären. Dieses Einverständnis wird noch eingeholt. An die Angehörigen ist seitens des Oberbürgermeisters im Namen der Stadtverwaltung ein herzliches Beileidstelegramm übersandt worden.



21] Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Er soll eines Tages an den Unrechten geraten sein. Er ging festem ohne Adjutanten, damals tat er es. Und hatte obendrein das Unglück, weit und breit keinen zu entdecken, der ihm hätte Zeuge für die Unbotmäßigkeit des Soldaten sein können. Sonst hätte der Rabiate wohl auch geschwiegen, so aber will er gelagt haben: „Dir schlagen wir eines Tages den Schädel ein! Geh lieber in die Stellung, statt die zu kurazieren, die müd und elend aus ihr kommen. Freundlich, meert dir's, es geht nimmer lang so weiter.“

Es ging nicht weiter. Er scheint es selber eingesehen zu haben. Und da kam ihm der gute Gedanke mit dem alten Leberleiden und mit der Etappe, für die er sich noch freich genug fühlte.

Sein Nachfolger ist der eine Bataillonsführer. Er wird erst mal stellvertretend ernannt. Ein Rotbeißer. Wo soll man die neuen Truppenkommandeure hernehmen, die man braucht, weil immer mehr Stellen leer werden, denn die Tendenz, abzutreten, wird bei der Länge des Krieges wachsend deutlich. Der Herren lagern sich nämlich: haben wir es nötig, bei der Truppe ein doch nicht so ganz bequemes Leben endlos zu führen? Es finden sich unschwer Situationen, die angenehmer sind und in denen man nach seinen kriegerischen Leistungen Atem schöpfen kann.

Der Stellvertreter, Oberstleutnant von Pummer, ist ganz anders als sein Vorgänger. Die Leute mögen ihn. Er ist „ein Biest mit Hagen“, ein schneidiger Kerl, ein Saufhaus, ein Wühler. — Er hat etwas vom alten Knaben. Ehemals aktiv, ist er seinerzeit als Major abgelagt worden, mangels höherer militärischer Begabung. Zu Kriegsbeginn, nach langen Jahren grauen Zivils, ist er sofort mit Begeisterung in die spiegelnden Reittüfel wieder hineingesprungen.

Er reitet übrigens schlecht, aber dafür kühn. Seine lebhafte, jähre Figur zappelt mehr, als daß sie ihre noch jugendlichen Fähigkeiten voll ausnützte. Sein energisch erscheinendes, gutartiges Soldatengesicht verrät den Trinker.

„Mir fällt nig ein. Warum denn net? Warum jetzt grad Ihnen — und mir net? Ich bin doch geistig auch rege, aber daß ich auf so grausliche Geschichten kam.“ — Er schüttelt den Kopf und scheint für den Augenblick in Nachdenken zu versinken.

Was ihn nicht hindert, einen Mann weit über die Straße zu erspähen und durch Geschrei an die Stelle zu bannen: „He, Sie, vielleicht haben Sie die Güte, Ihr Hosentürl zuzuknöpfen! Ihr lauft nächstens noch nackt am Kommandeur vorbei!“

Der Mann bringt sich eilig in Ordnung und steht dann wie ein Baum.

„Ein solcher Budek, was Funk! — Aber gehen wir dort hinüber, sonst steht er noch, daß ich lachen muß, und die ganze erzieherische Wirkung ist hin. — Sie könnten sich übrigens auch ein bißerl besser halten. Sind Sie so freundlich und machen Sie keinen solchen Budek. Sie sind jetzt beim Militär und nicht auf dem Barnack.“

Man ist angekommen bei den Kranken. Der Oberstleutnant federt sofort in einen Keller hinunter. „Ah, der Feldmebel Nam! Was treiben Sie denn? Immer hurtig mit die Salbentöpf, wie? Was fehlt diesem Mann, warum liegt er auf dem Bauch? Abgeh am Hintern, aha. Und der dort, weshalb hustet er? Wie sind denn so die Temperaturen der Leute?“

Nam muß auf zehn Fragen gleichzeitig antworten. Er geht zwischen den Bettgestellen durch mit dem Kommandeur und ersinnt Antworten, daß ihm der Schweiß über die Stirne tropft.

Während einer Pause in dieser Galoppade — Pummer studiert eine Fieberabelle — winkt er einen Mann herbei und heißt ihn zum Stabsarzt hinüberspringen: er möcht' gleich kommen, der Herr Kommandeur inspiziert das Revier.

Aber der Stabsarzt ist nicht zu finden. Es werden weitere Boten heimlich in die verschiedensten Richtungen gesprengt.

Der Oberstleutnant hat alles eingehend beäugt und ein paar mal nach Lipp gefragt, als der endlich verzerrten Gesichtes, äußerst unsicher, wie er abhändigen wird, geschmeichelt und gleichzeitig gereizt durch den Besuch, angeleuchtet kommt. Aber der Kommandeur ist gerade gegangen.

„Hundswirtschaft!“ heult Lipp. „Habe ich nicht befohlen, mich in solchem Fall rechtzeitig zu benachrichtigen!“

„Wir suchen den Herrn Stabsarzt bald eine Stunde,“ sagt Nam ruhig.

(Fortsetzung folgt.)

Finanzwelt in Aufregung.

Die Diskonterhöhung in New York und ihre Bedeutung.

Die Bundesreservebank in New York hat die gesamte internationale Finanzwelt durch ihre plötzlich vorgenommene Diskonterhöhung ebenso stark wie unangenehm überrascht. Der New Yorker Diskontsatz wurde um ein volles Prozent von 5 auf 6 Prozent erhöht, ohne daß irgend jemand in der Welt zu diesem Zeitpunkt damit rechnete. Es war auch nicht ohne weiteres damit zu rechnen, denn wenn die Bundesreservebank in New York, wie überhaupt die amerikanischen Notenbanken, schon sehr lange vor der Wahl standen, den Diskont zu erhöhen, so lag doch im Augenblick scheinbar kein zwingender Anlaß vor. Maßgebend für die New Yorker Diskontpolitik sind seit sehr vielen Monaten schon jene Kredite, die von der Börsenspekulation verlangt werden. Es ist bekannt, daß die Spekulation in den letzten Wochen wieder mehr Kredite angefordert hat. Aber gerade in der allerletzten Woche, die der plötzlichen Diskonterhöhung vorausging, betrug die Steigerung, wenn die Gesamtsumme auch 6 Milliarden Dollar überschritten hat, doch nicht viel mehr als 50 Millionen Dollar, also noch nicht 1 Proz. Die plötzliche Diskonterhöhung mußte überraschen, da man in New York in ähnlichen Fällen, wo die Steigerung der Börsenkredite viel stärker war, auf eine Diskonterhöhung verzichtet hatte.

Zu einer Sensation wurde die Diskonterhöhung durch ihr Zusammenreffen mit der scharfen Rede Snowdens im Haag, mit der Snowden die glatte Annahme des Young-Planes in Frage gestellt hatte. Es wurde sofort die Vermutung lanciert, daß es sich bei der New Yorker Diskonterhöhung, die zweifellos besonders England trifft, um eine hochpolitische Aktion handelt, mit der die Finanzkreise Amerikas und die Regierung der Vereinigten Staaten England zur Preisgabe seines Widerstandes gegen den Young-Plan zwingen wollen. Wir glauben, daß diese Vermutung zwar der politischen Phantasie alle Ehre macht, halten diese Zusammenhänge aber für ausgeschlossen. Die New Yorker Bundesreservebank hat dem auch sofort erklären lassen, daß nicht der geringste Zusammenhang mit den Verhandlungen im Haag bestehe und daß ausschließlich die Entwicklung der Börsenspekulation in New York der Anlaß zu der plötzlichen Diskonterhöhung sei.

Natürlich ändert diese Richtigstellung nichts an der außerordentlichen internationalen Bedeutung des New Yorker Schrittes für die gesamte Finanzwelt. Die Lage ist jetzt so, daß einem Diskontsatz von 6 1/2 Prozent bei dem Hauptgelddrucker der Welt ein Diskontsatz von 5 1/2 Prozent in London und Amsterdam, von 3 1/2 Prozent in Paris und in Zürich und von 7 1/2 Prozent in Berlin gegenübersteht. Die größten Komplikationen ergeben sich für England. England hatte, um die kritische Wirtschaftslage in England nicht zu verschärfen und andererseits den Anteil Englands an der herrschenden Weltkonjunktur hochzuhalten, trotz riesiger Goldabflüsse, die Frankreich und Deutschland zugute kamen, die Kredite

bisher noch nicht verteuert. Da selbstverständlich der höhere New Yorker Diskont die Geld- und Kapitalströme von England wegzuleiten wird, wird England mit seiner Diskonterhöhung auf wenigstens 6 1/2 Prozent wohl kaum mehr lange zögern können. In der nächsten Woche spätestens dürfte die Entscheidung darüber fallen.

Für Deutschland dürfte die Auswirkung der New Yorker Diskonterhöhung keine sehr großen Schwierigkeiten bringen. Seit die Pariser Young-Konferenz beendet ist, ist das Geld in Deutschland so billig geworden, wurde die Lage der Reichsbank so günstig, daß im Laufe der Entwicklung eher eine Diskontermäßigung als eine Diskonterhöhung zu erwarten war. Mit höchster Wahrscheinlichkeit fällt aber jetzt jede Möglichkeit, die deutschen Wirtschaftskredite zu verbilligen. Das ist die wichtigste und zweifellos recht bedauerliche Folge des New Yorker Vorgehens. Im übrigen ist bei den wieder recht weitgehend normalisierten Wirtschaft- und Kapitalverhältnissen in Deutschland eine Zinsspanne von 1 1/2 Prozent gegenüber New York und, im Falle einer Erhöhung in London auf 6 1/2 Prozent, von 1 Prozent gegenüber London, wohl groß genug, um Geldrückflüsse aus Deutschland zu verhindern.

Daß die Geldmarktlage in Deutschland günstig ist, das beweist auch wieder der letzte Ausweis der Reichsbank zum 7. August. Wechselbestände sind um 207,7 auf 2413,8, Lombarddarlehen um 65,3 auf 43,8, Bestände an Reichsschatzwechseln um 14,1 auf 16,1 Millionen gesunken. Der Notenumlauf verringerte sich nach einer kleinen Abnahme der fremden Gelder auf Girokonten im Betrage von 25,5 Millionen auf 4472,1 Millionen. Die Goldbestände blieben mit 2148,2 Millionen, die Bestände an bedruckten Devisen mit 330,7 Millionen im wesentlichen unverändert. Die Notendekung verbesserte sich von 45,5 auf 48,0, durch Gold und Devisen zusammen von 52,5 auf 55,4 Prozent, das sind fast 40 Prozent mehr als das Gesetz verlangt.

Schwarzer Freitag in New York.

Den New Yorker Börsenspekulanten ist der Schreck gründlich in die Knochen gefahren, weil jeder Kursverluste fürchtet. Riesige Verkaufsaufträge ließen die Kurse der Wertpapiere abflutschen. In den ersten Stunden gab es einen richtigen „Schwarzen Freitag“. Selbst Standard Oil und General Electric verloren noch 1 bis 3 Proz. ihres Kurswerts. Die starke Wirkung der Diskonterhöhung auf die Spekulation zeigt, daß auch die Amerikaner viel mehr an eine Offensive gegen die Spekulation als an politische Absichten New Yorks gegenüber England glauben.

Auch die europäischen Börsen, besonders die Pariser, sind „recht schwach“ geworden.

Wo bleibt das Kapital?

Pfandbriefabfah immer schwerer.

Der Abfah von Pfandbriefen ist immer ein guter Markt dafür, in welchem Umfange Kapitalen in einem Lande zur Verfügung stehen. Unter heutigen Verhältnissen könnte der Pfandbriefabfah an sich nicht allzu ungünstig sein, weil die Verzinsung gut und die Kapitalbildung im Deutschen Reiche sehr kräftig ist. Um so überraschender ist aber der starke Rückgang der Pfandbriefverkäufe.

An Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen sind nämlich im ersten Halbjahr 1929 nur für rund 488 Millionen Mark verkauft worden gegen rund 868 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Ziffern gelten nur für das Inland. Im Ausland ergibt sich ein Rückgang von 359 Millionen auf nur 9 Millionen, also in einem noch viel gewaltigeren Ausmaß. Der deutsche Pfandbriefumlauf ist 1929 nur um rund 500 Millionen insgesamt gestiegen gegenüber 1325 Millionen im ersten Halbjahr 1928!

Man muß sich wirklich fragen, wie diese Einschränkung des Pfandbriefabfahes zustande kommt. In Aktienkäufen ist das in Deutschland gebildete neue Kapital ganz zweifellos nicht in einem so großen Umfange mehr angelegt worden, dazu war die Börse viel zu schlecht. An der Verzinsung allein liegt es auch nicht, denn auch die Kurschwankungen für jeden Pfandbriefbesitzer eine unangenehme Sache sind. Die Kurschwankungen haben bisher aber die tatsächliche Verzinsung nur erhöht. So bleiben nur zwei Möglichkeiten für die eingetretene enorme Verschlechterung des Pfandbriefverkaufs im ersten Halbjahr 1929: einmal die zweifellos verheerende Wirkung, die Hugenberg's Zeitungsgangriffe auf die Wahrung während der Pariser Reparationsverhandlungen auf das Vertrauen, besonders der kleinen Kapitalanleger, gehabt hat. Es ist ja bekannt, daß es damals fast zu einem Run auf die Sparkassen gekommen ist, und es ist selbstverständlich, daß das Vertrauen in die Sicherheit der Kapitalanlage die erste Voraussetzung zum Kauf von Pfandbriefen ist. Zum anderen bleibt nur noch die Erklärung der Kapitalflucht im großen, und diese geht die deutschen Banken und die deutschen Industrieunternehmer an.

Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß diese Kreise, ohne daß dazu ein besonderer Plan erforderlich ist, auch auf solchem Wege ihre steuerpolitischen Absichten zu fördern versuchen. Es wäre deshalb sehr interessant, wenn sich feststellen ließe, aus welchen Kreisen sich die Käufer bzw. jetzigen Nichtkäufer von Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen zusammensetzen.

Publizität des Reichshaushaltes.

Eine dankenswerte Arbeit des Statistischen Reichsamtes.

Das Statistische Reichsamts hat als Sonderbeilage zum 15. Heft von „Wirtschaft und Statistik“ eine Arbeit veröffentlicht, für die ihm nicht nur die Parlamentsleute, sondern auch weite Kreise der Öffentlichkeit dankbar sein werden. Bisher war es fast unmöglich, für die einzelnen Positionen, besonders bei den Ausgaben des Reiches zu verfolgen, wie sich diese Positionen von Jahr zu Jahr entwickelt haben; teilweise wegen der Unterbringung desselben Postens in verschiedenen Etats, teilweise wegen ihrer Verteilung auf den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, teilweise endlich wegen der Rest- und Uebertragungsrechnung, die die Verfolgung der einzelnen Posten außerordentlich erschwert. Das Statistische Reichsamts hat jetzt versucht, und diese Arbeit liegt vor, nach rein sachlichen Gesichtspunkten Ausgaben und Einnahmen des Reiches in den verschiedenen Jahren vergleichbar zu machen. Die auf 41 Seiten für die fünf Jahre von 1925 bis 1929 vergleichbar gemachten Daten fügen sich für 1925 bis 1927 auf die ab-

geschlossenen Haushaltsrechnungen, für die Jahre 1928 und 1929 auf die vom Reichstag verabschiedeten Haushaltspläne, wobei für 1928 auch der Nachtrag berücksichtigt ist. Die allergrößten Posten der Reichsausgaben sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt:

Die Reichsausgaben 1925 bis 1929.
In Millionen Mark.

	1925 (Rechnung)	1926 (Rechnung)	1927 (Rechnung)	1928 (Voranschlag einkl. Nachtr.)	1929 (Voranschlag)
Behördenaufwand, darunter für					
Finanz- u. Steuerverwaltung	659,7	718,6	816,3	850,1	827,6
Berufungsbehörden	456,5	485,3	560,4	587,9	568,2
Behörden für auswärtige Angelegenheiten	56,1	60,6	67,2	72,5	72,0
	43,8	54,9	59,4	53,6	52,7
Allgemeine Staatsausgaben	3239,5	4379,5	4680,2	4850,5	5210,9
darunter für					
Kriegspensionen, -renten	371,1	1425,4	1549,2	1678,0	1614,7
Londoner Abkommen (außer Sonderleistungen)	291,3	549,9	899,2	1247,2	1540,5
Schuldendienst	103,5	341,1	534,1	490,7	463,3
Sozialversicherung (Zuschüsse)	259,4	285,7	346,7	450,4	468,2
Erwerbslosenfürsorge	159,0	508,9	350,4	133,6	309,1
Innere Kriegskosten	571,4	470,3	272,6	177,7	229,5
Polizei	189,5	208,9	202,4	190,2	195,3
Verkehrswesen	171,4	187,4	216,3	193,2	167,3
Landwirtschaft	26,0	143,4	70,3	130,0	77,8
Wohnungswesen	21,1	190,7	69,4	36,0	23,7
Wehrmacht	633,3	704,2	769,4	797,4	740,9
und zwar für Heer	476,5	504,0	554,0	568,5	546,0
Marine	156,8	200,2	215,4	228,6	194,9
Gesamtausgaben	4532,5	5802,3	6274,9	6498,0	6779,4

Schon diese Tabelle zeigt die Zweckmäßigkeit solcher Zusammenstellungen. Mit einem Blick läßt sich zum Beispiel erkennen, daß die Steigerung der Reichsausgaben seit dem Jahre 1927, über die von der Privatwirtschaft Stein und Bein gesagt wird, ganz ausschließlich auf Kriegsfolgen zurückzuführen ist. Die Belastung durch Kriegspensionen, Kriegrenten und durch die Reparationslasten ist seit 1927 stärker gestiegen als die Reichsausgaben insgesamt. Bei den Ausgaben für Heer und Marine zeigt sich, wie in der Tat der Aufwand für die Wehrmacht ununterbrochen bis 1928 einschließlich gestiegen ist, um zum erstenmal im Voranschlag für 1929 nicht nur nicht weiter zu steigen, sondern zu sinken.

Von besonderem Interesse ist die jetzt gegebene Möglichkeit auch beispielsweise die an die Landwirtschaft, die Industrie und Luftfahrt im Laufe der Jahre vom Reich gewährten Subventionen laufend zu verfolgen und zu vergleichen. Da erscheinen nicht weniger als 25 Subventionsposten für die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft, 14 Subventionsposten für Gewerbe, Industrie und Handel und 10 Subventionsposten für die Förderung der Luftfahrt. Freilich wird die Publizität des Reichshaushaltes noch sehr erheblich gewinnen, wenn das Reich von sich aus jene Aufgliederung bis ins Letzte durchführt, die schon mehrfach an dieser Stelle gefordert worden ist.

Volkswirtschaftliche Verschwendung.

Einen interessanten Beitrag zu dieser Frage liefert eine Veröffentlichung des „General-Anzeigers für Eiberfeld-Barmen“ vom 11. Juli d. J., in der über die Zusammenfassung der Einzelhandelsgeschäfte in Barmen berichtet wird. Danach gibt es in Barmen 2601 Einzelhandelsgeschäfte. Von diesen 2601 Einzelhandelsgeschäften befaßten sich 2025 mit dem Vertrieb von Lebens- und Genussmitteln.

Die Stadt Barmen hat 190 000 Einwohner mit 47 500 Familienhaushaltungen, wenn man die Familie zu vier Köpfen rechnet. Demnach entfällt auf 18 Familien ein Einzelhandelsgeschäft und auf 23 Familien ein Lebensmittelgeschäft. Die Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, Barmen, besitzt in der Stadt Barmen 39 Verteilungsstellen und 12 000 Familien als Mitglieder. Durch einen Vaden der Genossenschaft werden also 306 Familien mit Lebensmitteln versorgt, während ein Privatgeschäft auf 23 Familien kommt.

Aus diesen Zahlen geht also sehr deutlich hervor, daß eine Ueberjegung des sogenannten freien Handels vorliegt, die im höchsten Grade unwirtschaftlich sein muß und deren Kosten der unorganisierte Verbraucher zu tragen hat.

Görlitzer Waggon 10 Proz. Dividende.

Verdoppelter Reingewinn bei der Hava.

Sehr schnell hat sich die Waggon- und Maschinenbau-A.G. in Görlitz (Wumag) von der Verlustwirtschaft in der Waggonkrise erholt. Die Gesellschaft, die im Geschäftsjahr 1925/26 noch mit einem Verlust von 4,5 Mill. M. abblühte und zur Sanierung einen sehr scharfen Kapitalschnitt von 12 auf 2,9 Mill. M. vornahm, konnte dieses zusammengelegte Kapital 1926/27 bereits mit einer Dividende von 8 Proz. verzinsen. Im vergangenen Betriebsjahr konnte das inzwischen auf 6,0 Mill. M. erhöhte Kapital mit 10 Proz. verzinst werden, während der ausgewiesene Reingewinn von 1,1 Mill. M. sogar 19 Proz. des Kapitals entsprach.

Auch in dem jetzt abgeschlossenen Betriebsjahr 1928/29 hat die Gesellschaft so hohe Gewinne erzielt, daß wieder eine Dividende von 10 Proz. ausgezahlt wird. Die Bankschulden, die im vergangenen Jahr noch fünf Millionen betragen, konnten zum Teil zurückgezahlt werden. Weitere Einzelheiten aus dem Geschäftsbericht und der Bilanz sind jedoch noch nicht bekannt. Vor kurzem hat das Werk einen Reparationsauftrag im Werte von 6 Millionen erhalten.

Auch die Hannoverische Waggonfabrik (Hawa) hat im letzten Jahr sehr gut abgeschlossen. Allein der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn von rund 253 000 M. hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Dies entspricht einer Dividende von 6 bis 7 Prozent. Die Gesellschaft zieht es aber vor, die Gewinne zur Auffüllung der Reserven zu verwenden. Der Auftragsbestand ist zurzeit so hoch, daß die in letzter Zeit verlärtete Belegschaft bis Anfang des neuen Jahres voll beschäftigt ist.

Konzentration bei Sarotti-Restle.

Umfahsteigerung bei Sarotti auf 40 Millionen.

Vor einem halben Jahre ist das stärkste deutsche Schokoladenunternehmen, die Sarotti A.G. in Berlin-Tempelhof, unter die Kontrolle des Internationalen Schokoladentongerns Restle in Zürich gekommen. Ueber den Vertrag werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt.

So ist das Abkommen vom Frühjahr, das zunächst nur den Kauf der Aktienmehrheit von Sarotti vorseh, auf der Generalversammlung des deutschen Tochterunternehmens von Restle, der Deutschen A.G. für Restlerzeugnisse, bedeutend erweitert worden. Zunächst übernimmt Sarotti gegen Hergabe von 2,5 Millionen Aktien die Schokoladenwerke Hattersheim in A.G. bei Frankfurt a. M. und verstärkt damit seine Stellung auf dem süddeutschen Markt ganz bedeutend. Ferner erhält Sarotti von dem Restle-Konzern das Vertriebsrecht für die bekannten Marken dieses Konzerns, Peter, Gailer, Kohler und Restle. Außerdem wird der Sarotti A.G. die große ausländische Verkaufsorganisation des Restle-Konzerns zum Vertrieb der Sarottifabrikate zur Verfügung gestellt. Die deutsche A.G. für Restlerzeugnisse, die bisher allein die Interessen des Schweizer Konzerns in Deutschland vertrat, verpflichtet sich auf Grund des Vertrages, künftig keine Kakao- und Schokoladenfabrikation mehr zu betreiben und sich ausschließlich auf die Herstellung von kondensierter Milch und Nährmittel zu beschränken. Außerdem ist zwischen Sarotti und dem Restle-Konzern ein langfristiger Markenrechtsvertrag abgeschlossen worden.

Nach der Uebernahme der 2,5 Millionen neuen Sarotti-Aktien, die Restle als Gegenwert für die Hattersheimer Schokoladenfabrik erhält, erhöht sich der Einfluß dieses Weltkonzerns bei Sarotti auf 65 Proz. des Aktienkapitals. Die Sarotti-Bewertung erwartet bei weiterem normalen Geschäftsgang auch für dieses Jahr eine bedeutende Umfahsteigerung von 35 auf 40 Millionen Mark. Die Umsätze des verabschiedeten Hattersheimer Werkes eingerechnet, würde sich der Gesamtumsatz von Sarotti in diesem Jahr auf 45 Millionen Mark erhöhen.

Auf der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung der Sarotti A.G. wurde die Heraushebung des Kapitals von 11 auf 14,5 Mill. M. beschlossen. Außerdem wurde der Kauf der bisher zu Restle gehörigen Hattersheimer Schokoladenfabrik gegen Hergabe von 2,5 Mill. M. Aktien, die zurzeit einen Börsenwert von 3,8 Mill. M. darstellen, genehmigt. Der Opposition, die sich gegen den Ankauf des unrentablen Hattersheimer Werkes wandte, wurde von der Verwaltung entgegengehalten, daß Sarotti bisher von dem Vertrag mit Restle nur Vorteile gehabt habe. Für Sarotti sei die Frage einer Erweiterung der Produktionsanlagen dringend geworden, und die Verwaltung glaube durchaus richtig gehandelt zu haben, wenn sie an Stelle kostspieliger Neuanlagen das auf den Süddeutschen Markt eingearbeitete Hattersheimer Werk erworben habe.

Warenhäuser und Einzelhandel. Unser gestriger Hinweis, daß der Kampf gegen die Warenhäuser in Einzelhandelskreisen auch von den Nationalsozialisten aus politischen Gründen gefördert wird, entsprang keiner Information durch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels selbst. Dessen bedurfte es nicht. Wir geben dieser Feststellung gerne Raum.

Keine Verringerung des Verzehrszwanges. Wie mitgeteilt wird, besteht im Reichernährungsministerium keine Absicht, die Bestimmungen über den Verzehrszwang abzuändern oder außer Kraft zu legen, die ab 1. August dieses Jahres die Verzehrung von mindestens 30 bzw. 40 Proz. Inlandsweizen vorschreiben. Das Reichernährungsministerium bestätigt also neuerdings den gegen die Sozialdemokratie im Reichstag gefällten Beschluß, den Verzehrszwang auch vorläufig nicht auszuheben.

100 000 Tonnen staatl. Stickstoffherzeugung in Polen. Die vom polnischen Staat bei Lernow errichteten Stickstoffwerke sollen im Herbst d. J. in Betrieb genommen werden. Als Herstellungskosten werden 70 Millionen Zloty genannt, davon 40 Millionen für Maschinen und technische Einrichtungen. Die Leistungsfähigkeit wird auf 100 000 Tonnen Stickstoffdünger jährlich berechnet. Im vergangenen Jahr soll Polen 92 000 Tonnen Kunstdünger eingeführt haben. Ueber den Zweck der Eigenherzeugung heißt es, daß Polen im Düngerbezug unabhängig sein will. Die Vermutung hat aber sehr viel für sich, daß Polen, wie es auch kürzlich von Frankreich gemeldet worden ist, wesentlich aus militärischen Gründen eine ausreichende Eigenherzeugung sich gesichert hat.

Karpoff: Ein einträglicher Beruf

Eine Aufschrift an der Tür belehrte über die Ordnung der Blocken: Lichobabento — einmal. Wortowin — zweimal. Popogajema — dreimal. Balsam ein kurzes, zwei lange. Aufmerksam las Karpoff die Namen und drückte dreimal auf den Knopf. Eine hochgewachsene, volle Blondine in lilafarbenem Morgenkleid öffnete. Mit wasserblauen, zinkernen Augen musterte sie sekundenlang den Besucher. Plötzlich ergänzten ausleuchtend ihre Brillantohrringe, und ein Lächeln glitt über die himbeerfarbigen Lippen.

„Bürger Kurostjepoff . . . aus der Provinz? Sehr angenehm. Popogajema, Filmschauspielerin. Hier ist mein Zimmer. Gesfällt es Ihnen?“

„Es ist nicht übel,“ murmelte Kurostjepoff.

„Nicht übel,“ rief empört die Besizerin. „Rein Lieber, man merkt sofort, daß Sie aus der Provinz kommen. In Moskau für 500 Rubel ein Zimmer zu finden ist dasselbe, wie mit dem Fahrchein einer Elektrischen 100 000 Rubel zu gewinnen. Sie begreifen ja selbst nicht, welches unerhörte Glück Ihnen zufällt. Ich könnte leicht das Zimmer um vieles teurer verkaufen. Doch ich las Ihr Gesuch, läutete Sie an und erkannte aus der Unterhaltung, daß Sie ein intelligenter Mensch sind, nicht reich und einen Wohnraum brauchen. Schauen Sie, ich habe ein gutes Herz. Ich selbst reise in 10 Tagen nach Leningrad zu meinem Mann. Ziehen Sie heute ein, ich werde Sie als meinen neuen Mann de facto annehmen, sonst willigt die Hausverwaltung nicht drein. Dann verreise ich, und Sie können schalten und walten nach Belieben. Es versteht sich, daß Sie während der nächsten 10 Tage das Zimmer mit mir teilen und sich beschränken müssen. Da ist nichts zu machen. Ich hoffe, Sie sind ein Mann von Anstand und es wird keinerlei Mißverständnisse zwischen uns geben.“

„Gewiß, gewiß,“ murmelte Kurostjepoff verlegen.

„So beeilen Sie sich. Wir werden uns irgendwie einrichten. Ich — hinter der spanischen Wand, und Sie auf dem Koffer. Es wird zwar nicht sonderlich bequem werden, aber daran ist nichts zu ändern. Wegen der Zahlung können Sie unbesorgt sein. Sie werden sie entrichten, wenn Sie einziehen.“

Von dem Freund, bei dem er seit Monaten wohnte, überführte Kurostjepoff sein Hab und Gut und händigte der Popogajema 500 Rubel ein. Als er kurz auf der kurzen und harten Lagerstatt sich hin und her wälzte, dem gewaltigen Schnarchen der auf dem Bette hinter der spanischen Wand ruhenden Herrin des Zimmers lauschte, dachte er:

„Jemandem werde ich wohl die 10 Tage überdauern. Dafür werde ich meinen eigenen Winkel haben, das ist schon die Stropagen wert.“ Und so hielt er stand. Nachts störte das gewaltige Schnarchen der Zimmerherrin seinen Schlaf. Tagsüber trug sie halbhelde durchs Zimmer. Dem schlaftrunkenen Kurostjepoff schenkte sie nicht die geringste Aufmerksamkeit. Sie wärmte die Brennschere auf dem Petroleumkocher, verbrat die Luft mit dem Geschwätz verengter Haare, gewärmter Beefsteaks und mit dem Rauche kräftigster Zigaretten. Ihre Lebenswürdigkeit hatte sich verflüchtigt, und düstere Blicke streiften Kurostjepoff wie einen unwillkommenen und säumigen Gast.

Eine ganze Woche war es so gegangen, da stürzte sie eines Tages ins Zimmer, zerzaust, den riesigen Hut verschoben. Mit einem Papierfetzen suchte sie hin und her vor der Nase des Mitbewohners, und mit kühlerer Tragik hastete sie hervor:

„O, ich Unglückliche . . . Mein Mann . . . morgen früh . . . er kommt aus Leningrad.“

„Und was ist weiter dabei?“ fragte Kurostjepoff verwirrt.

„Begreifen Sie nicht? Unglückliche! . . . Er wird Sie töten! . . . Er ist von der Eifersucht eines Othello! Und mit der rechten Hand hebt er 160 Pfund.“

„Aber was habe ich damit zu schaffen?“

„Wie? Haben Sie nicht eine ganze Woche daselbe Zimmer mit mir bewohnt? Wer wird Ihnen glauben, daß wir nicht intim gewesen sind? Wenn Sie ein Mann gewesen wären, wäre das natürlich unermesslich gewesen, doch Sie sind leider kein Mann! Aber wird der Eifersüchtige dem Glauben schenken?“

„Was soll ich beginnen?“ griff sich Kurostjepoff voll Schrecken an den Kopf.

„Sofort ausziehen!“ rief kaltblütig die Popogajema.

„Und das Geld? Fünfhundert Rubel, die ich bezahlt habe?“

„Das Geld werde ich Ihnen selbstverständlich zurückerstatten, sobald ich es habe. Ihres ist natürlich schon längst ausgegeben.“

„Aber gestatten Sie!“ protestierte Kurostjepoff. „Das ist eine Unverschämtheit! Ich werde beim Volksgericht Anzeige erstatten!“

„Rein wegen, erstatten Sie Anzeige,“ lächelte sie ironisch.

„Das wird Ihren Geldbeutel nur noch mehr erleichtern. Wie wollen Sie beweisen, daß ich von Ihnen 500 Rubel für das Zimmer erhalten habe? Der Hausverwaltung und den Nachbarn habe ich erklärt, Sie seien mein neuer Mann de facto. Vor Gericht werde ich auslegen, daß Sie mich schändlich im Stich gelassen haben aus Angst vor der Ankunft meines vorigen Gatten und mich einsame Frau völlig mittellos zurückgelassen haben. Zudem gelte ich als arbeitslos, und gesetzlich werde ich die Existenzmittel von Ihnen fordern. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß Sie späterhin in die Lage kommen, mir Alimente zahlen zu müssen. So steht's, Bürger! Rag es bei Ihnen in der Provinz auch anders sein, aber bei uns in Moskau darf niemand einer hilflosen Frau Unrecht tun!“

Mit zitternden Händen begann Kurostjepoff seinen Koffer zu packen.

„Packen Sie nur immer, ich werde Sie nicht stören,“ sagte listig lächelnd die Popogajema und verließ das Zimmer.

Als alles verpackt war, ließ Kurostjepoff hinunter in die Portierloge, um telephonisch seinen Freund von seiner Rückkehr zu verständigen. Doch die Telefonzelle war besetzt. Die widerlich freundliche Stimme der Popogajema ließ sich vernehmen:

„Hallo! Bürger Ultraschkin?“ Ja. Auf die Offerte hin. Ein wundervolles zweifelhaftes Zimmer und fast umsonst . . . Schauen Sie, in 10 Tagen reise ich zu meinem Mann nach Leningrad. Sie sind Provinzler? Alleinlebend? Borzügliche. Sprechen Sie morgen früh vor. Notieren Sie die Adresse.“

(Aus Deutsche Wochenschau von Gelsa Rosenthal)

zeugt. Was das vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus bedeutet, erkennt man am besten aus der Tatsache, daß zur Gewinnung dieser Alkoholmengen früher 50 000 Zentner Kartoffeln oder 6000 Zentner Gerste verarbeitet werden mußten! Der Sulfitspiritus kann für alle technischen Zwecke verwendet werden. Zu Baden und Einmischen insbesondere ist er gleich gut geeignet wie der Kartoffelspiritus.

Nach dem neuen Verfahren eines Schweden lassen sich aus den Sulfitablagen außer Spiritus noch andere wertvolle Stoffe wie leichte und schwer Oele gewinnen, weiterhin ein Destillat, der selbst wieder Ausgangsmaterial für ein ausgezeichnetes Benzin sein soll. Wenn wir in Deutschland erst einmal so weit sein werden, daß alle Zellstoffabriken, die jährlich insgesamt etwa 600 000 Tonnen Zellstoff herstellen, ihre Abfallgase zur Alkoholgewinnung heranziehen, dann könnten im Jahr gegen 400 Millionen Liter hundertprozentiger Spiritus gewonnen werden. Otto Wilhelm y.

Walisch und Schwerfisch

An der Küste im Gebiet von Bergen spielte sich vor einigen Tagen zwischen einem Walisch und einem Rudel Schwerfische ein Kampf von höchst sensationellem Ansehen ab, der im ganzen Verlauf von Fischern mit angesehen wurde. Mit rasender Geschwindigkeit setzte ein Walisch in den Honbalsfjord, so daß das Wasser vor dem Tier wie ein tosender Gischt hoch aufwirbelte. Schon von weitem war das Rauschen zu hören.

Sin und wieder machte der Walisch so gewaltige Sprünge, daß er fast ganz über dem Wasser war. Die Erklärung für das sonderbare Verhalten kam bald. Hinter dem Tier wurde ein Rudel Schwerfische, nicht weniger als 14 bis 15 Stück — gefährliche Raubtiere von 5 bis 9 Meter Länge — sichtbar, die ebenso rasend hinter dem Walisch herjagten. Bei dem Versuch, durch einen flachen Sund zu entkommen, machte der Wal, ängstlich geworden, ob er hindurchkommen würde, plötzlich mit einem solchen Rud halt, daß das Wasser ringsherum wie tosendes Meer schäumte. Jetzt ereignete sich das romantischste Moment des Vorgangs. Der Walisch brachte ein Junges zur Welt, wobei sich die See rot von Blut färbte. Aber doch hatte er noch die Kraft, mit gewaltigen Schlägen weiter zu eilen.

Indessen die Verzögerung im Sund bewirkte, daß die gierigen Schwerfische den Wal einholten. Nun wurde er greulich zugerichtet. Sie rissen zuerst Stücke vom Kopf heraus. Als sich der Wal nach etlicher Zeit aus dem Wasser erhob, war der ganze Unterleib weg, so daß der Bartenstamm frei in der Luft stand. Das Meer war von Blut rot und große Speckstücke schwammen umher. Aber immer noch hatte der Wal Kraft. Er peitschte mit dem Schwanz das Wasser, daß es mehrere Meter hoch sprudelte. Doch schließlich war auch der Schwanz fortgebissen worden. Gleichwohl schlug der Wal noch mit dem Stumpf so kräftig, daß er mit Leichtigkeit ein Boot zerschmetterte haben würde. Doch endlich ging es zu Ende, und der Körper, fürchterlich zugerichtet, trieb dahin, während die rasenden Verfolger fortgesetzt Stücke aus den Speckteilen rissen. Das neugeborene Junge wurde später tot gefunden und dem Naturhistorischen Museum in Bergen zugestellt.

Bankkonten berühmter Männer

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Broadway-National-Bank in New York hat 150 berühmte Amerikaner gebeten, die Auszüge ihrer ersten Bankkonten einzusenden, damit das große Publikum durch die Tatsache zum Sparen ermuntert werde, daß auch sie mit winzigen Summen angefangen hätten. Die Kontoauszüge von George Costman, dem Rodaktör, von S. A. Rothfahel (Kong), dem bekannten Kinounternehmer, von Douglas Fairbanks und von anderen Führern der Wirtschaft wurden jetzt in den Schaufenstern der Bank ausgestellt. Ein Bankpräsident eröffnete 1887 sein erstes Konto mit fünf Dollars, Douglas Fairbanks 1919 mit sechs, Costman begann mit einer Einlage von 210 Dollar im Jahre 1871 und sein Konto war nach mehreren Jahren auch erst auf 430 Dollar gewachsen. Präsident Hoover erklärte mit Bedauern, er habe sein erstes Bankbuch schon längst verloren.

Bubikopfschneiden und Korintherbrief

In Brighton in der englischen Grafschaft Devon gibt es einen Friseur, den nichts hat bewegen können, der Mode seine Reverenz zu erweisen. Frauen in Brighton, die sich einen Bubikopf schneiden oder in Ordnung bringen lassen wollen, haben bei diesem Figaro kein Glück. An der Türseite des Ladens hat er, um seinen Standpunkt aller Welt kundzutun, die Stelle im Ersten Korintherbrief, Kapitel 11 Vers 15, plakatiert: „Und dem Weib eine Ehre, so sie lange Haare zeigt. Das Haar ist ihr zur Dede gegeben!“

Ein Tempel des Schweigens

Eine der eigenartigsten Kirchen der Welt findet sich in Chicago. Die feierliche Stille, die in Gotteshäusern herrscht, wird hier zur Grabesruhe, die kein menschlicher Laut jemals stört. Die Predigt wird lautlos gehalten; die Gebete werden schweigend gesprochen, und kein hymnischer Gesang durchbraust die Halle. Es handelt sich um die anglikanische „Allerengstliche“, die ausschließlich den religiösen Bedürfnissen der Taubstummenengemeinde von Chicago dient. Diese Gemeinde besteht bereits seit einem halben Jahrhundert, und da es nur sehr wenige Pfarrer für Taubstumme gibt, war es nicht immer leicht für diese bedauernswerten Menschen, einen Seelsorger aufzutreiben, und so mußten sie sich oft und lange ohne Geistlichen behelfen. Seit 20 Jahren betreut der Reverend Fild das Seelenheil seiner taubstummen Gemeindeglieder, die sich jeden Sonntag in dem Tempel versammeln, um dem Prediger das Wort Gottes von den Lippen und Händen abzulesen.

Kanniliterplan

Ein deutscher Matrose wollte einen trunkenen Kameraden in einem Londoner Krankenhaus besuchen. Da er kein Wort Englisch konnte, versuchte er sich dem Arzt durch Zeichen verständlich zu machen. Der Doktor nicht verständnisvoll, nahm ihn mit und führte ihn ins Operationszimmer. Dort wurde der gute Mann trotz aller Proteste entkleidet, auf den Operationstisch gelegt und narkotisiert. Als er wieder aufwachte, war er seinen Blinddarm los. Am nächsten Tage klärte sich das Mißverständnis auf und die Krankenhausdirektion bot dem Matrosen 50 Pfund Sterling als Entschädigung und Schweigegeld an. Das Geld nahm der Mann mit Vergnügen, den Mund aber konnte er doch nicht halten, und zur Zeit hat der ganze Londoner Hafen etwas zu lachen.

50 Jahre „Nordöstliche Durchfahrt“ Das Jubiläum der Entdeckungsreise A. E. Nordenskiölds

Im Sommer 1878 hatte der schwedische Polarforscher A. E. Nordenskiöld mit zwei Schiffen, „Bega“ und „Lena“, von Gøteborg aus eine Entdeckungsfahrt durch das nördliche Eismeer angetreten mit der Absicht, über die sibirische Küste die Beringstraße und den Eintritt in den Stillen Ozean zu erreichen. Auf der Suche nach der noch völlig unbekanntem „nordöstlichen Durchfahrt“ zum Pazifik kam die Expedition schon im August des genannten Jahres vor das Venadelta, von wo das Begleiterschiff „Lena“ Stromaufwärts nach Irkutsk geschickt wurde, während Nordenskiöld selbst die Reise längs der ostibirischen Küste fortsetzte. Vor Erreichung des Zieles jedoch wurde die „Bega“ an der Schuttschenhalbinsel im Eismeer gescheitert, die nicht vor Juli 1879 gelpregnet werden konnten. Erst am 19. Juli geriet das Eis in Bewegung, und nach langer, gefahrvoller Eisblockade wurde nun der Weg für den Schlußabschnitt der Reise frei.

Am 10. August 1879 war die Beringstraße durchfahren. Damit war der Eintritt in den Stillen Ozean und gleichzeitig die Nordostpassage erzwungen. Das Schiff konnte nun seinen Kurs nach den Gestirnen der alten, zivilisierten Welt nehmen. Am 14. August ging man vor der Beringstraße, dem ersten Vorposten der Zivilisation, vor Anker, wo das der amerikanischen Maslatompagnie gehörende Pelzjägerschiff „Alexander“ angetroffen wurde. Aus den vom „Alexander“ mitgebrachten Zeitungen entnahm Nordenskiöld neben anderen Neuigkeiten „aus der Welt“ auch Mitteilungen über die Besorgnis, die man in Europa über sein Schicksal hegte, sowie über Vorbereitungen zu seinem „Entsatz“. Er kürzte daraufhin den Aufenthalt sofort ab, um in Jokohama den nächsten Telegraphen möglichst schnell zu erreichen und um neue Unternehmungen durch rechtzeitige Benachrichtigung vielleicht rückgängig machen zu können.

Von Jokohama aus trug am 2. September 1879 der Telegraph die Kunde in die Welt, daß das Unternehmen der „Bega“-Männer gelungen, der Eismeerweg vom Atlantischen zum Stillen Ozean zurückgelegt und das Problem der nordöstlichen Durchfahrt gelöst sei. Die freudige Nachricht A. E. Nordenskiölds, des Entdeckers, kreuzte sich in der japanischen Hafenstadt mit einer anderen weniger erfreulichen über das Schicksal eines zweiten „A. E. Nordenskiöld“. Es war dies das auf den Namen des Schweden getaufte russische Hilfsschiff, das den Entsatz aus der vermuteten Eisblockade bewirken sollte, und das sich auf der Reise nach der ostibirischen Küste befand. Das Schiff war kurz vor der Ankunft der Schweden an der Nordküste Japans auf ein Riff gelaufen und gescheitert. Da aber Menschenleben nicht zu beflagen waren und neue zu Rettungszwecken nicht mehr aufs Spiel gesetzt werden brauchten, so war der Schiffsverlust zu verschmerzen.

Die schwedische Expedition hatte die bis an dreihundert Jahre zurückgehende Periode der Versuche und Niederlagen zur Auffindung der Nordostpassage mit einem glänzenden Siege abgeschlossen. Der bis dahin größte Erfolg der Polarforschung wurde in der ganzen Welt mit Jubel aufgenommen, namentlich auch in Deutschland; war doch die „Bega“ einschließlich der Ausrüstung und Maschinen ein

Wert deutscher Arbeit und Schiffboutechnik (1874 in Bremerhaven erbaut).

Das Gegenstück der Nordostpassage, die „Nordwestliche Durchfahrt“ oder die lange gesuchte Seeverbindung zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean entlang der Nordküste Amerikas, ist endgültig erst von einem anderen Scandinavier, dem jungen Roald Amundsen, mit dem Durchfahren der Beringstraße von der kanadischen Seite aus festgestellt worden (Expedition von 1903 bis 1905). Die „Entdeckung“ dieser Passage wird jedoch dem englischen Kapitän Mac Clure zugeschrieben, der bereits im Jahre 1850 die Beringstraße fast erreichte, aber nicht in den Stillen Ozean einfuhr.

H. Dietmann.

Spiritus aus Holz

Wenn zuckerhaltige Säfte der Gärung überlassen werden, so wird dabei der Zucker bekanntlich in Alkohol (Spiritus) und Kohlenäure zerlegt. Bei der Bierbereitung entsteht der Alkohol aus der Stärke der Gerste, wobei sich die Stärke zuvor in Zucker umwandelt, auch aus den stärkehaltigen Kartoffeln läßt sich über die chemische Umwandlung in Zucker Alkohol gewinnen. Nicht weniger als sechzig Millionen Zentner Kartoffeln werden in Deutschland jährlich auf Spiritus verarbeitet, und diese gewaltigen Mengen gehen auf diese Weise als Hauptnahrungsmittel verloren. Der Krieg gab Veranlassung, daß man sich mit der Frage befaßte, ob nicht für den zu technischen Zwecken benötigten Spiritus eine andere Quelle als die kostbaren Kartoffeln erschlossen werden könnte. Lange Jahre hat sich die chemische Forschung diesem Problem gewidmet, bis sie schließlich in dem Holz den Stoff fand, der die Kartoffeln zu ersetzen vermag.

Der Hauptbestandteil des Holzes ist die Zellulose, die in ihrem chemischen Aufbau der Stärke und dem Zucker nahe verwandt ist. Auf Grund dieser chemischen Verwandtschaft mußte die Möglichkeit bestehen, aus zellulosehaltigen Stoffen auf dem Weg über den Zucker zum Alkohol zu kommen. Schon der Umstand, daß zehn Millionen Festmeter Holz genügen würden, um dieselbe Menge Spiritus zu erzeugen, für die man sonst die oben angegebene Quantität Kartoffeln verbraucht, zeigt, welche bedeutende Vorteile ein solches Verfahren bieten kann.

Aber noch nicht einmal das wertvolle Holz ist als Ausgangsmaterial erforderlich; Holzabfälle jeglicher Art leisten dieselben Dienste. Und hier stehen die Zellstoffabriken als Rohstofflieferanten zur Verfügung, die ja zuzugewinnen eine Gratisquelle für Alkohol darstellen. Denn aus den an sich wertlosen sogenannten Sulfita-b-l-a-g-e-n bei der Zellulosefabrikation läßt sich ein vortrefflicher Alkohol bereiten, der freilich als Genußmittel nicht in Frage kommt.

Die erste große, erfolgreich in Betrieb genommene Sulfitspiritusfabrik ist die Königsberger Zellstofffabrik, die zurzeit gegen zwei Millionen Liter Spiritus im Jahr aus ihren Abfällen er-

